

# Die Baugewerkschaft

## Organ des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.  
 Abonnementspreis pro Quartal 2,-- Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 2,40 Mk.  
 Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.  
 Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mk.

Herausgegeben vom Vorstandsvorstand.

Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.  
 Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.  
 Postcheck-Konto der Hauptkassa 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.  
 Inseratengeschäftsstelle: Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 116, Fernsprecher: Amt Lühnow, 2513.  
 (Verbandsanzeigen wie Veramlungsinserate u. dergl. sind an die Redaktion direkt zu richten.)  
 Schluß der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 20.

Berlin, den 19. Mai 1912.

13. Jahrgang.

### An unsere Vertrauensleute.

Noch ein großes Stück Arbeit harret unser im laufenden Jahr. Die Tarifierneuerung steht vor der Tür, mit den Vorbereitungen dazu muß bereits begonnen werden. Was uns in den letzten Wochen aus dem Arbeitgeberlager bekannt geworden ist, zeigt, daß der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe eifrig ist. Damit tritt der Ernst der Situation, der entgegensteht, scharf in die Erscheinung. Wir müssen gewiß nicht schwarz malen — das liegt uns nicht an — aber sagen was ist, halten wir für unsere Pflicht. Unsere Mitglieder müssen überzeugt sein, daß wir keine leichte Aufgabe zu lösen haben. Die aufstrebenden Interessengegensätze werden auch diesmal nicht leicht zu überwinden sein, und liegt die Möglichkeit eines ernstlichen Konfliktes durchaus auf der Hand. Wir wollen gewiß nicht den Kampf vermeiden, sondern alles tun, um ihn zu verhindern. Liegt jedoch nicht allein in unserer Macht. Wir sollen und müssen wir auf's schlimmste vorbereitet sein. Anders gehandelt, wäre gegenüber dem Arbeitgeberbund und der Tragweite der kommenden Situation dazu leichtfertig.

Sind wir so weit, daß wir jeder Eventualität frei im Auge schauen können? Gewiß, wir haben im vergangenen Jahre Fortschritte gemacht. Wir haben unsere Mitgliederzahl um zirka 6000 gesteigert und unseren Gesamtlassenbestand auf 780 000 Mark erhöht, gegen 625 000 in 1910, der Zeit vor dem heftigen Kampfe. Trotzdem müssen wir uns fragen, ob wir nach jeder Richtung hin kriegsbereit sind. Sollen wir nicht klagen: Der Arbeitgeberbund hat uns diesmal stärker gestärkt gegenüber. Er, der im Jahre 1910 fast jeder eigenen Mittel bar war und auf die Wohlwiltigkeit der Großindustriellen sich stützen konnte, hat einen erheblichen Kriegsschatz aufgehäuft. Seine Mitgliederzahl gestärkt und sich mit einer ungeheureren Kraft wirkender Schutzmittel, wie der Tarifverträge mit den Materiallieferanten, umgeben. Ein unerbittlicher Kampf wird darum naturgemäß unsere Anstrengungen und auch finanziell größere Mittel erfordern. Angesichts dieser nicht zu behebenden Tatsache müssen wir zu der Erkenntnis kommen, daß uns noch manches zu tun übrig bleibt. Es muß unser Bestreben sein, einen möglichst großen Zusammenschluß der Bauarbeiter herbeizuführen. Zu leugnen ist nicht, daß immer noch ein erheblicher Prozentsatz der im Baugewerbe Beschäftigten dem Verbande fernsteht; nicht alle aus Mangel an mangelnder Einsicht, sondern auch aus schlechtem Egoismus. Wir müssen unsere ganze Kraft aufbieten, um die Indifferenten wie alle, die

zu uns gehören, dem christlichen Bauarbeiterverbande zuzuführen. Wir müssen noch einmal mit aller Schärfe in die Agitation eingreifen. Aber auch der finanziellen Stärkung des Verbandes muß gedacht werden. Es sind den Kollegen keine besonderen Opfer auferlegt worden, dafür muß aber eine um so pünktlichere Beitragszahlung gefordert werden. Wir müssen einen Vermögensbestand von weit über eine Million Mark erreichen. Damit beugen wir auch zugleich der Mitgliederfluktuation vor. Den Indifferenten ist beizubringen, daß dem Ausnutzen der Verbandsklasse, indem sie im letzten Momente sich der Organisation anschließen, ein Niegel vorgeschoben ist.

In dieser ersten Zeit wenden wir uns an die Elitetruppe des Verbandes, an die Vertrauensleute. Sie bilden den Stamm des Verbandes, der die weithin verzweigten Äste trägt. Sie kämpfen in den vordersten Reihen, nehmen alle Gefahren und Mühen mutig auf sich. Ohne diesen Stamm fleißiger und treuer Vertrauensleute ist kein fruchtbringendes Verbandsleben denkbar. Sie haben den Verband groß und stark machen helfen. An diese so oft erprobte Bereitwilligkeit und Treue unserer Vertrauensleute wenden wir uns und sagen: Jetzt gilt es, noch einmal etwas ganz Besonderes zu leisten. Jetzt soll noch einmal mit aller Kraft in die Agitation eingesetzt werden, es muß geholt werden, was zu holen ist. Auch die Pünktlichkeit der Beitragszahlung darf an keinem Vertrauensmann Schaden leiden. Wir hoffen, daß wir nicht vergeblich fordern, sondern daß die alte Treue sich aufs neue bewährt. Die Vertrauensleute, die Elitetruppe des Verbandes, wissen den Ernst der Zeit am ehesten zu würdigen. Deshalb, heraus, ihr Vertrauensmänner! Es gilt, noch einmal mit allen Kräften für die Stärkung des Verbandes einzutreten.

### Sozialdemokratische Verdächtigungen.

Durch die sozialdemokratische Parteipresse läuft folgender Machtspruch:

**„Wachende Christenstreiche im Baugewerbe.“**

Im nächsten Jahre läuft der Tarifvertrag im Baugewerbe ab. Die Unternehmer haben umfassende Vorsetzungen getroffen, um aufstrebenden herrschenden Wünschen der Bauarbeiter entgegenzuwirken. Daß die Bauarbeiter ihrerseits alles daransetzen müssen, um die Pläne der Arbeitgeber zu verhindern, ist selbstverständlich. Wie es aber scheint, will die christliche Bauorganisation beim Tarifkampf eine ähnliche Rolle spielen, wie der sozialdemokratische Arbeiterbund beim letzten großen Streit über die christlichen Bauarbeiter bei der letzten Baugewerkschaften-Auslieferung. Viele Reichden denken darauf hin. Nun aber sind die christlichen Bauarbeiter nur in wenigen Bezirken in der Lage, etwaige Vertreter-Konferenzen zum Schaden der Arbeiter ausüben zu können, in den meisten Bezirken Deutschlands haben sie so gut wie gar nichts zu sagen. Das ist gut so!

Wie frampfhaft nun die christliche Bauarbeiterorganisation versucht, sich den Bauunternehmern überall in empfehlende Erinnerung zu bringen, zeigt ein Schriftstück, das die „Schleifische Zeitung“ veröffentlicht. Danach hat der Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands an die Arbeitgeber des Baugewerbes folgendes Rundschreiben gerichtet:

„In der letzten Zeit sind seitens unserer Mitglieder mehrere Male Beschwerden vorgebracht worden, daß ihnen das Zusammenarbeiten mit den sozialdemokratischen Verbänden, des Deutschen Bauarbeiterverbandes sowie des Zimmererverbandes, immer mehr erschwert wird. Nicht nur, daß die Mitglieder unserer Organisation des öfteren wegen ihrer christlichen Überzeugung von den sozialdemokratischen Verbänden Organisierten verspottet und verhöhnt werden, nein, es ist mehrere Male vorgekommen, daß man nach unsern Mitgliedern, wo sie auf Baustellen um Arbeit nachgefragt haben, mit Steinen geworfen hat; kürzlich erst wurde einem Mitglied bei Verlassen der Arbeitsstelle ein Eimer voll Wasser über den Rücken gegossen. Auch in einem großen Teile von Neubauten haben sie keine Ruhe, weil sie sich nicht bewegen lassen, den sozialdemokratischen Verbänden beizutreten. Wir haben von einem gerichtlichen Einschreiten seither Abstand genommen, möchten aber an die Herren Arbeitgeber die Bitte richten, doch wenigstens ihren Kolieren Anweisung zu geben, daß derartige auf den Arbeitsstellen unterbleibt und unsere Leute wenigstens in den Neubauten Ruhe haben. Wo mehrere Mitglieder zusammenarbeiten, kommen diese Fälle wohl weniger vor. Um aber diese geschädigten Fälle beim Arbeiterfuchen auf den Baustellen zu vermeiden, haben wir uns entschlossen, den Mitgliedern die Arbeit von unserm Bureau aus durch den Arbeitsnachweis der Arbeitgeber zu übermitteln, und richten daher an die Herren Arbeitgeber die höfliche Bitte, beim Gebrauch von Arbeitskräften, wie Maurer, Zimmerer, Puffer, Bauhilfsarbeiter oder sonstige im Baufache tätige Personen, sich an unsere Adresse zu wenden; wir sind dann bereit, bei rechtzeitiger Bestellung Ihnen durch Ihren Arbeitsnachweis Arbeitskräfte zu überweisen. Ganz besonders bitten wir aber nochmals, doch Anweisung zu geben, daß wenigstens, wie im Vertrage vorgeschrieben, unsere Mitglieder auch mit Andersorganisierten in Ruhe und Frieden arbeiten können.“

Das Schriftstück zeigt, daß die freiorganisierten Bauarbeiter alle Ursache haben, ihre christlichen „Bundesbrüder“ in der Tarifbewegung genau in ihrem Tun und Treiben zu beobachten. Sehen wir doch aus dem Rundschreiben, daß es dem christlichen Bauarbeiterverband darum zu tun ist, auf möglichst vielen Baustellen christliche Bauarbeiter unterzubringen. Die Begründung hierfür, daß einige christlich organisierte Bauarbeiter terrorisiert werden, ist nur ein Wortwand, um nach außen hin zu täuschen. Laßt uns auf die Bauten, stellt mehrere christliche Bauarbeiter auf die einzelnen Bauten, wir werden mit Gegenleistungen dienen! Das klingt aus dem Schriftstück deutlich heraus. Ja, man schämt sich nicht, von der Organisationsleitung aus den Arbeitsnachweis der Arbeitgeber zur Unterbringung christlicher Elemente zu empfehlen. Der christliche Verband will die Arbeitskräfte dem Nachweis der Unternehmer überweisen — sicher aus den schwarzen Gegenden Deutschlands wird der christliche Verband sein Menschenmaterial schöpfen, das zu gegebener Zeit sich den jetzt helfenden Bauunternehmern dankbar zu erweisen hat, durch Denunziationen, Unterstützung von Schmarbenerplänen, durch Streik- und Tarifbruch und ähnliche Verräterkunststücke.

Daß die Bauarbeiter sich im nächsten Jahre auf alles gefaßt machen müssen, daß hat der schon bekannte christliche Sekretär Hülses am 20. April 1912 in einer Sonderversammlung in Dippoldsdorff mit besonderer Deutlichkeit offenbart. Nach einem Verlechte des „Patriot“ sagte Hülses u. a. folgendes: „Für die christlichen Vergewaltiger sei die Sachlage sehr einfach gewesen. Sie hatten keinen Streik und konnten daher keinen Streikbruch ausüben. Sie tanzten nicht, nur weil die „Genossen“ pfliffen. Das Aufgebot von Militär sei nötig gewesen. Deutsche Vergewaltiger bezahlten ihre Steuern nicht, um sich von einem

fanatisierten Gesindel die Knochen entzwei schlagen zu lassen. Ganz Deutschland kann aus dem Verlauf des Streiks die Lehre ziehen, daß die christlichen Gewerkschaften heute einen bedeutenden Faktor im öffentlichen Leben darstellen. Den Nachbunkel der „Genossen“ zu brechen, war notwendig. Einmal mußte ihnen zu Gemüte geführt werden: Bis hierher und nicht weiter. Das Exempel der christlichen Bergarbeiter wird auch bei der Tarifrevision 1913 der Bauarbeiter seine Wirkung nicht versagen. Bei Gelegenheit des Streiks im Ruhrrevier hat sich die Disziplin der christlichen Bergknappen glänzend bewiesen. Notwendig ist, daß die konfessionellen Arbeitervereine noch mehr als bisher die Reihen der christlichen Gewerkschaften führen. Was 1912 den Bergleuten fehlte, wird den andern Berufen noch blühen. Die christlichen Gewerkschaften bleiben das, was sie waren. Wir müssen uns rüsten, um den Endkampf bestehen zu können.“

„Aho, Bauarbeiter, haltet die Augen auf! Von den jetzigen christlichen Gewerkschaftsleitern ist alles zu erwarten, auch der schlimmste Verrat!“

So weit der Waschzettel. Ein Ragout von Unterstellungen und Beschimpfungen, das niedriger gehängt zu werden verdient. Wir bemerken dazu: Wenn es so dargestellt wird, als handle es sich um ein allgemeines Rundschreiben unseres Verbandes, so ist das un wahr. Das ist auch dem Schreiber des roten Waschzettels bekannt, denn er beruft sich auf die „Schlesische Zeitung“. Diese aber hat ausdrücklich mitgeteilt, daß das Rundschreiben von unserer Bezirksleitung in Breslau ausgegangen ist und auch nur für Breslau Geltung finden sollte. Das darin Behauptete trifft für Breslau wie auch für eine ganze Anzahl anderer Orte durchaus zu. Die Frage der Arbeitsvermittlung ist eine Frage für sich, niemand wird unserer Breslauer Verwaltung dieserhalb Vorwürfe machen können, denn die Arbeitsvermittlung gehört durchaus zur Tätigkeit der Gewerkschaften und ist kein Monopol der Sozialdemokratie. Zudem soll sie der Verdrängung unserer Mitglieder aus der Arbeit durch „freiorganisierte“ Vorbeugen. Das ist kein „Vorwand“, sondern eine zu jeder Stunde beweisliche Tatsache. Es ist also eine Unwahrheit und eine bewusste Fälschung der öffentlichen Meinung, wenn der Schreiber des Waschzettels den Eindruck hervorzurufen trachtet, es handle sich um ein Rundschreiben unseres Zentralvorstandes an die gesamten Arbeitgeber des Baugewerbes in Deutschland. Zu dieser Meinung muß jeder Unergründete kommen.

Sodann: Für das, was irgendeine außerhalb unseres Verbandes stehende Person, mag das Hülses oder jemand anders sein, sagt, sind wir nicht verantwortlich.

Wir lassen uns bei unseren Handlungen nur von sachlichen Gesichtspunkten leiten. Solange das die „freien“ Bauarbeiterverbände ebenfalls tun, haben wir keine Veranlassung, anders zu handeln als bisher. Wir können zu jeder Zeit die Zentralvorstände der „freien“ Bauarbeiterverbände auffordern, uns zu bezeugen, ob es anders gewesen ist und ob wir Liebedienerei den Arbeitgebern gegenüber geübt haben. Wir

wollen abwarten, ob die Organe der „freien“ Verbände diese niedrigen Beschimpfungen und Unterstellungen uns gegenüber widerspruchslos passieren lassen. Tun sie letzteres, wissen wir allerdings, woran wir sind. Im übrigen konnte die Beschimpfungen und Unterstellungen nur ein moralischer Lump aufstellen, wie sie im sozialdemokratischen Lager des Ruhrreviers zu finden sind, die die dortigen bedauerlichen Zustände hervorzurufen haben.

Wenn dann der rote Waschzettelschreiber meint, wir hätten im Baugewerbe nicht viel zu sagen, so dürfte er etwas viel behauptet haben. Die „wenigen Bezirke“ sind mit den übrigen auf Gebet und Verberb vertoppelt. Diese „wenigen Bezirke“ sind aber die wichtigsten in Deutschland. Und unsere Kraft und unser Einfluß will nicht allein an abstrakten Mitgliederzahlen bemessen sein. Die Situation dürfte wohl so stehen: Ohne uns nichts und gegen uns erst recht nichts. Wir wollen uns damit nicht überheben, da wir die Tragweite wohl überschauen. Es ist aber gut, wenn das auch andere nicht tun.

Die Folgen dieses verlogenen und beschimpfenden Waschzettels treten bereits in Erscheinung, aus einer ganzen Anzahl Orte gehen uns Mitteilungen darüber zu. Überall handelt es sich um Arbeitsverstellungen der „freiorganisierten“ Bauarbeiter, um unsere Mitglieder aus der Arbeit zu drängen. Wir werden also notgedrungen wieder in die Defensivhaltung flüchten müssen. Ob das ein allgemeines Zusammenarbeiten dienlich sein kann, auch darüber mögen sich einmal die „freien“ Bauarbeiterorgane äußern.

### Warum treiben wir Jugendarbeit?

Wir besäßen uns kürzlich an dieser Stelle mit der mehr praktischen Seite unserer Jugendarbeit. Am Schluß gaben wir der Meinung Ausdruck, daß, wenn ernsthaft an die Arbeit gegangen wird, sich schon Mittel und Wege zum Ziele finden lassen. Immerhin aber dürfte es zur Erleichterung der Arbeit und auch zur Klärung der ganzen Frage nach manchen Seiten hin beitragen, wenn wir im nachstehenden auf einige grundsätzliche Erwägungen hinweisen, die für die christlichen Gewerkschaften bestimmend waren, daß sie ihrerseits die Jugendarbeit in die Hand nahmen.

Die Anfänge unserer gewerkschaftlichen Jugendarbeit sind durchweg jüngeren und jüngsten Datums. Jahrzehntlang hat die Jugendfrage und Jugendbildung — soweit sie sich nicht nur auf die Pflege und Erhaltung körperlicher Eigenschaften erstreckt — den konfessionellen Jugendvereinen abgelegen. Auch heute noch sind wir der Überzeugung, daß der Hauptanteil bei der Lösung des jugendlichen Problems — denn ein Problem ist die Jugendfrage tatsächlich — den konfessionellen Vereinen zufällt. Wir lassen uns

bei dieser Stellungnahme von dem Grundsatz leiten, daß die Jugendfrage in erster Linie eine Frage der Pädagogik, also eine Erziehungsfrage ist. Kein Kind jedoch ist möglich ohne Pflege und Erziehung der religiös-sittlichen Grundsätze. Diese gaben aber liegen außerhalb des gewerkschaftlichen Betätigungsbereiches. Und deshalb werden auch die konfessionellen Jugendvereine, die ihren vornehmsten Zweck in der religiös-sittlichen Erziehung der Jugend sehen, durch die gewerkschaftliche Jugendarbeit von ihrer Bedeutung verlieren. Gerade die Gewerkschaften müßten es sein, die den Schaden, der durch die Jugendfrage eintrete, zu spüren kämen.

Wenn wir seitens der Gewerkschaften trotz mancherlei Schwierigkeiten und Bedenken, die aus der Abgrenzung des beiderseitigen Aufgabebereiches ergeben, energisch an die Jugendarbeit gegangen sind, so ergibt sich schon daraus, daß die Gründe schwerwiegender Art gewesen sind, die dazu veranlaßten. Nur der Zwang der Verhältnisse hat die Gewerkschaften dazu bestimmt.

Was die christlichen Gewerkschaften dazu drängte, Jugendarbeit zu betreiben, waren zunächst die Gründe eines zahlenmäßig und qualitativ genügenden Nachwuchses. Sodann auch die Bemühungen der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung, die arbeitende Jugend an sich heranzuziehen. Der sozialdemokratische Führer auf dem Hamburger sozialistischen Gewerkschaftskongreß in 1908 aus:

„Wir werden natürlich in der gewerkschaftlichen Bewegung auf die jugendlichen Arbeiter verzichten können. . . . Und wenn der wirtschaftliche Kampf von der Teilnahme der jugendlichen abhängig ist, dann gehören sie in die gewerkschaftliche Organisation.“

Mit dieser Argumentation hat man insbesondere in der Industrie die Einbeziehung der Jugend in die gewerkschaftliche Organisation gefordert. Die selbe Begründung, daß nämlich Erfolg oder Misserfolg eines Kampfes in sehr vielen Fällen von der Beteiligung oder Nichtbeteiligung der Jugend abhängt, hat natürlich auch für die größeren gewerkschaftlichen Betriebe Geltung. Tatsache ist jedenfalls, daß daran kommen auch wir nicht vorbei, daß das jugendliche Element mehr und mehr in die gewerkschaftlichen Kämpfe hineinbezogen wird. — Schwieriger liegen schon die Verhältnisse bei den Lehrlingen. Die rechtliche Grundlage des Lehrlingsverhältnisses ist nicht eine ganz andere, wie die des allgemeinen Arbeitsvertrages, sie läßt insbesondere eine Beteiligung der Lehrlinge an wirtschaftlichen Kämpfen nicht zu. Die Stellung, die auf dem genannten Hamburger Kongreß dem gegenüber eingenommen wurde, ist diplomatisch. Schmidt führte dazu aus:

„Das Lehrlingsverhältnis weicht seiner

### Das Bauwesen im Mittelalter auf den Dörfern.

Nach den Geschichtsquellen gehörte das dörfliche Haus während des Mittelalters allgemein zur „Hausbauweise“. Schon aus dieser Begriffsbildung können wir erkennen, daß es sich im Mittelalter beim dörflichen Wohnbau um ein ganz primitives Bauverfahren handelte. Schon bei den ältesten Germanen war es Brauch, daß die Gemeindeglieder bei einem Hausbau in der Aufstellung helfen mußten, sie mußten beim Heranschaffen des Holzes aus dem Walde behilflich sein und ebenso auch beim eigentlichen Aufbau. Die gleichen Verhältnisse waren auch noch weit bis ins Mittelalter anzutreffen. Zunächst war wohl die Bedeutung von Holz im Hausbau für die einzelnen unbedeutend. Da genug Holz vorhanden war, konnte sich jeder selbst den Baumaterialien verschaffen, wie er nötig zu haben glaubte. Daraus entsprang aber eine große Verunsicherung von Holz, und so wurden schließlich Bestimmungen getroffen, wonach das Holzschlagrecht eingeführt wurde. Es wurde den einzelnen Gemeindegliedern eine bestimmte Menge von Holz zuteil, und auch diese bestimmte Menge wurde auf Anweisung und unter Aufsicht der Gemeinde verteilt. Auch jetzt werden Bestimmungen getroffen, die eine zu große Holzschlagung verhindern sollen. Damit das Holz, das zum Hausbau abgeholt werden muß, nicht unzeitig heranschafft und verrotzt, wurde bestimmt, daß der Bau innerhalb einer bestimmten Zeit abgeschlossen sein mußte. Um zu verhindern, daß die Bauarbeiten allzu langsam vor sich gingen, wurde bestimmt, daß die Bauarbeiten zu jeder Zeit zu jeder Zeit eine Kontrolle über die Aufstellung der Bauplätze vorgenommen wurde. Auch die

Wird die Verarbeitung des Holzes von den einzelnen Gemeindegliedern selbst ausgeführt worden sein. Später finden wir Säger und auch Sägemühlen erwähnt. Die Sägemühlen wurden gewöhnlich an Gebirgsbächen angelegt, und zwar für einen größeren Umkreis und so, daß der Weg von den einzelnen in Betracht kommenden Aufstellungen nicht allzu weit war, an der Grenze mehrerer Dörfer. Aber auch wenn es eine Sägemühle für verschiedene Dörfer eingerichtet war, hatte sie nicht immer genügend Arbeit, und so wurde denn der Beruf des Sägemüllers meistens nur im Nebenberuf ausgeübt. Als Sägemüller im Nebenberuf waren tätig Gastwirte, Köhler, Schreibmüller, Schmiede usw. Da die Gefahr vorlag, daß die Sägemüller größere Mengen von Holz verkaufen könnten, so wurde sie streng kontrolliert. Wenn die Sägemühlen eine größere Ausbreitung gefunden haben, wird sich jetzt kaum mehr ermitteln lassen; in österreichischen Geschichtsquellen werden Sägemühlen erst im 14. Jahrhundert erwähnt. Im dörflichen Bauwesen des frühen Mittelalters gab es für den Zimmermann keine Verwendung. Nur auf den großen Grundbesitzungen, wo größere und zahlreiche Bauarbeiten ausgeführt werden, entstand das Bedürfnis für Zimmermannsarbeit, und wie viele andere Gewerkeberufe auf den großen Grundbesitzungen des Mittelalters entstanden sind, so auch der Beruf des Zimmermanns. Erst später dürfte der Zimmermann im Gemeinwesen aufgetreten sein, und auch dann nur als ein Mann, der den Zimmermannsberuf im Nebenberuf, im Auftrage an den Beruf des Bauherrn ausübte. Nachdem der Zimmermann auch auf dem Dorfe Verwendung gefunden hatte, wurde er gewissermaßen der Vertrauensmann in allen Bauangelegenheiten und in der Art der Verarbeitung des Holzes. So wurde der Zimmermann oft von der Dorfgemeinschaft vereidigt. Dieser „vereidigte Zimmermann“ hatte das Holz auszuwählen, das zum Hausbau gebraucht wurde, und er war auch für die Ausführung der Bauarbeiten verantwortlich. Die Bauarbeiten selbst wurden zunächst von den Dorfgliedern selbst ausgeführt. Es wurde mit Stein und mit Holz gebaut. Dabei sind die Bauarbeiten über die gute Instandhaltung der Dörfer. Das Holz wurde ja auch am meisten für die Befestigung des Hauses

und Materialverschwendung herbeiführen. Doch auch der Anfertigung von Schindeln scheint sich im spätmittelalter auf den Dörfern eine gewisse Spezialisierung herausgebildet haben, denn es war ausdrücklich festgelegt, daß der Verkauf von Schindeln innerhalb der Gemeinde zulässig sei. Nur nach auswärts sollten Schindeln nicht verkauft werden, weil dies eine Verringerung des Gemeindegüterums mit sich gebracht hätte. Dachdecken selbst wurde von den Dorfgliedern übernommen. Mit der größeren Ausbreitung des Lehm- und Ziegelbaues wurden neben dem Holz noch andere Materialien gebraucht: Sand, Steine, Lehm, Kalk, Ziegel. Hierbei wurde streng darauf gesehen, daß mit dem Gemeindegüterum kein Mißbrauch getrieben und daß der Gemeindegüterum nicht ausgezehrt wurde. Wie die Zimmerleute zuerst auf den großen Grundbesitzungen nachzuweisen so waren auch Kalkgruben und Kalköfen zuerst auf den Dörfern angelegt. Auch die Dorfgemeinden legten mit der Veränderung im Hausbau Kalköfen an, und zwar schon auch diese Kalköfen Gemeindegüterum gewesen zu sein. Jeder, der Bedarf an Kalk hatte, konnte sich die notwendige Menge im Gemeinde-Kalkofen herstellen. Da aber nicht jeder Gemeindegliedrige, der Kalk brauchte, die Zeit oder Lust hatte, diese Arbeit selbst zu verrichten, so entstand auch hier eine Spezialisierung. Es entstand der Beruf des Kalkbrenners. Der Rohmaterial Gemeindegüterum war, so brauchte natürlich nur die Arbeit des Kalkbrenners entschädigt zu werden und für diese Arbeit war wieder eine Lage festzulegen. Ueber die Art der Kalkbrennerei wurde viel Holz verbraucht wurde, so wurden wieder verschiedene Bestimmungen über die Verarbeitung von Brennholz getroffen. Den zum Hausbau nötigen Sand und Lehm und die Steine mußten sich die Dorfgemeinden, die bauen wollten, gleichfalls selbst beschaffen. Da aber nicht jedes Dorf einen Steinbruch oder eine Lehmgrube hatte, so gab es Bestimmungen, nach denen die Dorfgemeinden, die in ihrer Gemeinde keine solche Gruben oder Lehmgruben aufreiben konnten, gegen gewisse Entschädigung aus anderen Gemeindegliedernartige Baumaterialien heranzufahren konnten. Wie bei den Kalköfen, so finden wir auch im spätmittelalter

Gründungsphase nach so weit als vom allgemeinen Arbeitsvertrag, daß wir die Lehrlinge für den wirtschaftlichen Kampf nicht dienlich machen können, meiner Ansicht nach auch gar kein Interesse haben, denn wenn der Lehrling den Kontrakt nicht, sich an einem Streit beteiligt, kann unter Umständen seine ganze weitere Ausbildung, die Grundlage seiner wirtschaftlichen Selbständigkeit in Frage gestellt werden."

Wenn hier eine gewisse Grenzlinie für die gewerkschaftliche Betätigung unter den Jugendlichen gezogen wird, so geschieht dies aus sehr durchsichtigen Gründen. Die Praxis hat jedenfalls gezeigt, daß sich "freien" Gewerkschaften bei ihrer Jugendarbeit nicht auf nur gewerkschaftliche Ziele beschränkt haben. Sondern selbst gibt das in dem weiteren Verlaufe des Referates zu, indem er sagt:

"Dagegen hat sich ein Verband der Aufgabe widmet, die jungen Lehrlinge rein vom Standpunkt der Ausbildung und der erzieherischen Einwirkung heranzuziehen, der Verband der Lithographen und Steindrucker, und ich habe den Eindruck, daß dies Unternehmen eine durchaus glückliche Lösung gefunden hat."

In welchem Geiste diese "Ausbildung und erzieherische Einwirkung" vor sich geht, ist leicht zu messen. Welche Bedeutung gerade die vom Lithographenverband gegründete Jugendabteilung erlangt, mag man aus einigen Zahlen ersehen. Die Mitgliederzahl betrug am 1. März 1909: 3698. Vom März 1909 bis 1. Februar 1910 traten 1280 ein und 979 schieben aus. Von diesen 979 Ausgeschiedenen waren aber 869 als Ausgelernte in die Gehilfenkommission ein.

Heute umfaßt die Abteilung durchschnittlich als zwei Drittel aller im Stein-, Sicht-, Kupferdruck sowie im Chemigraphen- und Lithographengewerbe beschäftigten Lehrlinge.

Der Lithographenverband ist nicht die einzige sozialistische Gewerkschaft, die die Jugend mit Erfolg in die Hand genommen haben.

Heute sind durch die sozialistischen Gewerkschaften über 100 000 Jugendliche erfasst — d. h. mehr als das Doppelte dessen, was z. B. die katholischen Jünglings- und Lehrlingsvereine an weniger alsjährigen Erwerbstätigen erfassen konnten. Das heißt die sozialistische Jugendbewegung erst in den Anfängen. Und zweifellos hat sie noch gewaltige Entwicklungsmöglichkeiten. Die Entwicklung des Handwerksbetriebes selbst begünstigt die gewerkschaftliche Einwirkung auf die erwerbstätige Jugend einschließlich der Handwerkslehrlinge. Sie zeigt ein immer stärkeres Schwanken des patriarchalischen Verhältnisses des Lehrlingsverhältnisses. In dem patriarchalischen Verhältnis aber lag zweifellos für die Jugend heute ein bewahrendes Moment gegenüber der

alter Ziegelstein als Gemeinvermögen der Dorfgenossen. Doch dürften diese dürftigen Ziegelsteine nicht zu häufig gewesen sein, weil ein Bedürfnis gebrannten Ziegels in den Dörfern nur in geringem Maße bestand. Nur in der Umgebung der größeren Städte, auf Gütern und Klosterhöfen dürfte der Ziegler ein öfter anzutreffender Beruf gewesen sein. Das läßt sich vom Maurerberuf auf dem Lande sagen. In vielen alten Quellschriften, die das mittelalterliche Leben behandeln, sind Maurer überhaupt nicht erwähnt, und wenn einmal der Beruf des Maurers erwähnt wird, so kann man sicher sein, daß es sich nur um eine Ausnahme handelt. Zur Errichtung der Burgen, zum Aufbau von Kirchen und bei der Errichtung vieler anderer städtischer Bauwerke war qualifizierte Arbeit notwendig, nicht aber beim Bau der kleinen, niedrigen Häuser, die nicht einmal einen Keller hatten, sondern bei denen der Keller durch ein Erdloch ersetzt wurde. In ganz besonderen Fällen wurde bei Dorfbauten Maurer hinzugezogen, und dann war er gewöhnlich aus der Stadt oder aus einem Kloster oder Gutshof. Solche Bauten, wie die Anlage von Wegen, die Anlage von Brücken und der Bau von Schlossanlagen wurden oft in Gemeinschaft mit mehreren Bauhandwerkern und Grundbesitzern ausgeführt. Es kam dann gemeinschaftlich Arbeitskräfte gestellt und unter Anleitung herangezogen werden. Mehrere Arbeiter der Gemeinde mußten oft von denen getan werden, die meisten Nutzen davon hatten; so mußten kleine Bauern und Bauern oft von solchen Leuten unterhalten werden, die in der Nähe der Gewässer Grundstücke hatten, denen das Recht des Fischweises zugesprochen worden war. Wo Fischweiser erhoben wurde, hatte der für die Unterhaltung der Brücke zu sorgen, der den Fischweiser besaß. Wie aus allen diesen Verhältnissen und Umständen zu erkennen ist, hatte nur der Bauer auf dem Lande während des ganzen Mittelalters nur wenig Nutzen davon. Nur in den Städten begann bereits im Mittelalter eine Abkehr der Bauhandwerker

sozialistischen Agitation. Wögen nun diese Verhältnisse speziell im Baugewerbe auch nicht allzu stark hervorgetreten sein, so steht doch unbestritten fest, daß die Werkstätte, die Arbeitsstelle von Tag zu Tag immer mehr zum Mittelpunkt der Umwerbung des jungen Mannes wird. Er ist in steigendem Maße der Beeinflussung der erwachsenen Gehilfen ausgesetzt. Das wird besonders in größeren Betrieben der Fall sein, wo sich der Meister selbst wenig um die Erziehung des Lehrlings kümmern kann. Der Gehilfe wird einen um so stärkeren Einfluß auf den Lehrling ausüben, wenn er als Vertreter einer Organisation auftritt, die sich auch sonst um seine Verhältnisse kümmert. Würden die christlichen Gewerkschaften darauf verzichten, ihren Einfluß auf das jugendliche Element geltend zu machen, so hieße das nichts anderes, als den gewerblichen Nachwuchs an die Organisationen der Sozialdemokratie ausliefern. Wir würden dann sehr bald in den übrigen Gewerben ähnliche Zustände haben wie sie im Chemigraphen- und Lithographengewerbe bestehen. Das zu verhindern, fordert schon der bloße Erhaltungstrieb der christlichen Gewerkschaften. Sie begingen Selbstmord, würden sie anders handeln.

Die Methode unserer Jugendarbeit ergibt sich aus dem Gesagten als logische Konsequenz. Die Gewerkschaften wollen die konfessionellen Jugendvereine in ihrer Tätigkeit ergänzen. Sie wollen den Kampf mit der sozialistischen Jugendbewegung aufnehmen dort, wohin die konfessionellen Jugendvereine mit ihrem Einflusse nicht mehr reichen, nämlich an der Arbeitsstelle. Da sind die Gewerkschaften die einzigen Instanzen, die den jungen Mann gehörig zu erfassen vermögen. Würde aber der sozialistische Einfluß auf der Arbeitsstelle allein zur Geltung kommen, so würde die von den konfessionellen Jugendvereinen geleistete Arbeit zur Siphusarbeit werden. Was sie aufbauten, würde dort niedergerissen. Wir wollen deshalb die Jugend vor dem sozialistischen Einfluß bewahren, ihm den christlichen entgegensetzen. Die eigentliche Erziehungsarbeit an der Jugend aber bleibt nach wie vor den konfessionellen Jugendvereinen überlassen.

Wir glauben, aus dem Gesagten geht zur Genüge hervor, daß es ernste Gesichtspunkte waren, die die christlichen Gewerkschaften zu ihrer Jugendarbeit bestimmten. Sie haben damit nicht geringe neue Lasten auf sich genommen. Bedeutet doch die Jugendarbeit für sie eine Vermehrung ihrer bereits übergroßen Arbeit, eine beträchtliche Erhöhung der Ausgaben und endlich verstärkte Bekämpfung von Seiten der sozialistischen Gewerkschaften und der sozialistischen Jugendorganisation. Wir haben diese Opfer auf uns genommen, weil die Verhältnisse sie gebieterisch von uns forderten. Und das Ziel, das wir mit unserer Jugendarbeit erreichen wollen, ist diese Opfer wert. Denn von dem Maße, in dem wir Einfluß auf die Jugend gewinnen, hängt letzten Endes die Zukunft unserer Bewegung ab.

### Allgemeines.

Der „objektive“ Sozialistenführer Hue hat nach dem Zusammenbruch des Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet die „Aufklärung“ seiner Genossen in Süddeutschland übernommen. Die Reise führte ihn auch nach Birt, wo er den Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter in der üblichen Weise angegriffen hat. Sogar an die Tränenbrühen seiner Gesinnungsgenossen hat er appelliert. „Ergreifend waren seine Ausführungen“, berichtet die sozialdemokratische „Frankfurter Tagespost“ (19. April 1912):

Jeder Anwesende mochte da mit dem Redner gefühlt haben, nachdem ihnen vorher eine Vorstellung gegeben worden war von dem ungläublich brutalen Vorgehen durch Militär, Gendarmen und Spione."

Hue hat also dem Militär „unglaublich brutales Vorgehen zum Vorwurf gemacht. Ungefähr zu gleicher Zeit erschien in Rheinland-Westfalen ein sozialdemokratisches Flugblatt über den Bergarbeiterstreik, worin es heißt:

Die freilebenden Bergleute atmeten förmlich auf, als Militär herankam, das sich durch die Schreie zu Aufregungen nicht verleiten ließ."

Was hat nun recht? Hue oder das sozialdemokratische Agitationskomitee von Rheinland und Westfalen, von dem das erwähnte Flugblatt herausgegeben wurde?

Nicht zum ersten Male hat Hue ernstlich unwahre Behauptungen verbreitet. Anfangs d. S. redete er in einer Versammlung in Bochum über die Reichsversicherungsordnung. Das sozialdemokratische „Volksblatt“, Bochum, wies darüber in seiner Nr. 6 vom 8. Januar 1912 zu berichten:

Redner rechtfertigt dann ausführlich die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion bei der Reichsversicherungsordnung. Noch stehen bei ihm ein Dutzend von

einem Unfallinvaliden aus Wanne übergeben worden, der nun schon an eigenen Leibe die Wohltaten der herrlichen Reichsversicherungsordnung zu fühlen bekommt."

Derweil waren die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung noch gar nicht in Kraft getreten. Und kein Mensch konnte ihre „Wohltaten“ schon zu fühlen bekommen. Kommentar überflüssig.

Ein widerlicher Vorgang spielte sich am 9. Mai im preussischen Landtage ab. Als der sozialdem. Abgeordnete Borchardt sich den Anordnungen des Präsidenten nicht fügte, wurde er von der Sitzung ausgeschlossen. Er weigerte sich jedoch, den Sitzungssaal zu verlassen, worauf der Präsident ihn durch die Polizei entfernen lassen mußte. Da er wieder in den Saal eindrang, mußte er ein zweites Mal gewaltsam hinausgebracht werden. Was die kleine sozialdemokratische Fraktion sich im preussischen Landtage leistet, geht nachgerade auf keine Ruhhaut mehr. Das ist den Parlamentarismus geradezu geschändet. Offenbar bemüht diese Paktung auf der taktischen Berechnung, möglichst viel von sich reden zu machen. Wenn die Sozialdemokratie glaubt, durch solches unerhörtes Betragen sich Sympathie zu verschaffen, dürfte sie sich täuschen. Die elementarsten Begriffe — Anstandes sollten erst im Parlament zum Ausdruck kommen. Ueber das Auftreten der sozialdemokratischen Abgeordneten im preussischen Landtage schreibt die der Sozialdemokratie nahestehende linksliberale „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 118):

„Man muß aber nochmals darauf hinweisen, daß es diese sozialdemokratischen Abgeordneten ihren Gegnern allerdings recht leicht machen. Es ist auffallend, wie verschieden sich die Sozialdemokraten am Reichstag und im preussischen Landtag verhalten. Sie sprechen ja auch im Reichstag nicht in den sanftesten Tönen, aber der Grundton dort ist doch gar nicht mit dem zu vergleichen, den die Genossen im Landtag anschlagen. Das kommt wohl hauptsächlich auf das Konto des Genossen Liebknecht, der den Ton angibt und dem die andern folgen. Der sogenannte junge Liebknecht, obgleich er bereits in einem Alter ist, wo man verständiger zu werden pflegt, ist seiner Natur, wenn auch nicht seinen Ansichten nach eigentlich kein Sozialdemokrat, sondern ein Anarchist, der glaubt, am meisten zu erzielen, wenn er möglichst viel Skandal macht. Es ist erstaunlich, daß die sozialdemokratische Partei diesem tolleren Schwärmer noch nicht beruhigende Sühnbäder verordnet hat, denn es unterliegt ja keinem Zweifel, daß er ihr schweren Schaden zufügt. Daß Mehring vor kurzem Äußerungen über parlamentarische Zwickelredner tat und sie offen auf den jungen Liebknecht bezog, wird wohl nicht genügen. Wenn es aber so weiter geht, wird natürlich die Taktik der Konservativen unterstützt, die nach Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiter rufen und die Regierung dazu drängen. Das ist freilich keine Sache des Landtags, aber diese Taktik zielt ja auf den Reichstag ab, wo die Konservativen in keiner guten Lage sind, aber durch einen Konflikt, den irgend eine Art Zuchthausvorlage hervorriefe, wieder in die Höhe zu kommen hoffen. Es ist klar, daß ein Vorgehen wie es Liebknecht und Genossen betreibt, solchen Tendenzen Vorschub leistet, und es könnte leicht sein, daß dann die Blamierten nicht die wahren, deren Liebknecht im Abgeordnetenhaus täglich verächtelt, daß sie es seien, sondern er und seine Fremde.“

So urteilt ein der Sozialdemokratie freundliches Blatt. Man möchte sich schämen, daß diese Vertreter vorgeben, speziell die Arbeiter zu vertreten. Mit den Arbeitern haben diese Herren nicht das allergeringste gemein.

„Fast 20 Millionen Ueberstunden.“ Kurz vor der Maifeier ließ ein Korrespondenzartikel durch die sozialdemokratische Presse, der das Ueberstundenwesen in den Gütern und Walzwerken geißelte. Ganz mit Recht, denn nicht nur sollten dort die Ueberstunden vermieden, sondern die Arbeitszeit überhaupt verkürzt werden. Wenn irgendwo die achtstündige Arbeitszeit angebracht ist, dann in diesen Betrieben.

Nun soll ja auch die Maifeier eine Demonstration für die Verkürzung der Arbeitszeit sein. Da konnte nun Schreiber dieses beobachten, daß an seinem Haus in Berlin am Vorabend des 1. Mai die Leitergerüstbauer stramm bis abends 9 Uhr (um 6 Uhr ist Feierabend) arbeiteten, obwohl eine Notwendigkeit nicht dazu vorlag. Dazu bei der immerhin möglichen Strafenbedrohung an solch gefährlicher Arbeit. Natürlich wurde alsdann der 1. Mai gefeiert. Also zuerst Ueberstunden und dann für die Verkürzung der Arbeitszeit demonstriert. Ein Bild zum Heulen. Was mögen sich diese Heulen bei ihrer Maifeier gedacht haben? Und wie viele mag es deren im sozialdemokratischen Lager geben? Was denen allerdings passiert, die dem Mai feierunseln sich nicht fügen, geht aus einem Zirkular des sozialdemokratischen Transportarbeiter-Verbandes, Zweigverein Hamburg III (Gruppe der Hausdiener, Kontorboten und Pöcker), hervor, das hierher vor dem 1. Mai seinen Mitgliedern zukommen ließ. Es heißt darin:

„Eine Marke à 25 Pf. ist durch Beschluß der letzten Generalversammlung auch in diesem Jahre wieder eingeführt. Jedes Mitglied ist verpflichtet, eine solche ins Buch kleben zu lassen. Die Lösung der Marke hat in der ersten Hälfte des Monats Mai zu geschehen. Das Fehlen der Marke schließt den betreffenden Kollegen ein Jahr von der Teilnahme an der Arbeitslosen, Kranken- und Sterbeunterstützung u. s. w.“

So geht es „freien“ Gewerkschaftsmitgliedern, die sich

dem Wassertrümmel nicht fügen. Grenz das nicht an Erpressung? Sicherlich müssen durch solche Maßnahmen die Gelben gezüchtet werden.

**Gegen die Verschmelzung mit dem „freien“ Bauarbeiterverband** nimmt der „Steinarbeiter“, Organ des „freien“ Steinarbeiterverbandes, Stellung. Nachdem es die eigenen Berufsverhältnisse untersucht, schließt es: „Aus den vorgeführten Gründen sind wir unter den obwaltenden Verhältnissen gegen eine Verschmelzung. In der Steinindustrie sind etwa 150 000 Personen beschäftigt, und da ist es keine Schwierigkeit, die Mitgliederzahl unseres Verbandes verdoppeln zu können. Das wissen wir auch, daß es in der Steinindustrie nicht möglich ist, den letzten Raum für den Verband heranzuholen zu können, weil darunter noch der Kleinbetrieb vorherrschend ist. — Nach der letzten Berufsstatistik haben wir in Deutschland allein mit 35 000 Steinarbeitern zu rechnen, wir können somit unter den gelehrten Arbeitern noch auf einen großen Zuwachs hoffen. Eine selbständige Organisation, die sich bisher vorzüglich bewährt hat, gibt man nicht ohne zwingenden Grund auf. Und wenn eine Verschmelzung vorgenommen werden soll, dann müßte das in geschlossener Weise geschehen. In einer solchen Aktion fehlen heute noch die nötigen Vorbereitungen. Es könnte eingeworfen werden, ja, die Angehörigen sind schließlich gegen eine Verschmelzung. Dieses Argument trifft insofern fehl, weil sich in materieller Beziehung unsere Angehörigen nach einer Verschmelzung bedeutend besser stellen würden. Wir haben zu der ganzen Frage in äußerst objektiver Weise Stellung genommen und das für und Wider genau abgewogen. In München wird sich ja darüber auch noch eine rege Aussprache ergeben; wir hoffen nur, daß man nicht mit Gefühlsargumenten operiert, sondern offen und klar die Frage so stellt: Was zwingt uns zu einer Verschmelzung? Tut man dies, so kann eine Verschmelzung unter den obwaltenden Umständen nicht bejworfert werden.“

**Die Gelben betteln um Gnade.** Der Verein „Deutscher Arbeitgeberverbände“ macht folgendes bekannt: „Der Hauptanspruch nationaler Arbeiterverbände Berlin hat an unserer Seite die Bitte gerichtet, bei Ausperrungen die Arbeiter, die einem seiner Verbände angehören, nicht mitanzusperrern, und sie, falls es doch zu einer Betriebs Einstellung kommt, durch Einstellung in andere Betriebe vor Not zu schützen. Der Hauptanspruch geht dabei von der wohl zutreffenden Voraussetzung aus, daß bei dem starken Anwachsen der sozialdemokratischen Bewegung die Arbeitskämpfe an Zahl und Umfang zunehmen werden und daher auch mit größeren Ausperrungen in erhöhtem Maße zu rechnen ist.“

Sie bitten Sie, von der Anregung des Hauptanspruches nationaler Arbeiterverbände Kenntnis zu nehmen und sich gegebenenfalls unserer Vermittlung bedienen zu wollen.“

Die armen Gelben, wie tief sind sie gesunken! Aber sie können nicht anders. Ziehen die Unternehmer die schützende Hand von ihnen, so ist's aus mit der gelben Herrschaft.

**Gründung einer Groß-Einkaufs-Zentrale westdeutscher Konsumvereine.** Am Sonntag, den 5. Mai d. J., wurde in Bonn der Verband westdeutscher Konsumvereine Rhein- und Westfalen gegründet, in dem die zentralen Konsumvereine organisiert sind, in Köln die formale Gründung der Groß-Einkaufs-Zentrale westdeutscher Konsumvereine G. m. b. H. vollzogen. Das Stammkapital beträgt 100 000 M., das von 75 Konsumvereinen, der Genossenschaftsbank in Bonn und dem Verband westdeutscher Konsumvereine gezeichnet wurde. Der Sitz der Gesellschaft ist Köln, doch wird dieselbe vorläufig in Mülheim (Ruhr) domicilieren. Die Gesellschaft übernimmt zu dem 1. Juli die bisherige Kolonialwaren-Abteilung der Bezugs-Kommission in Bonn mit sämtlichen Aktiven und Passiven. Als Hauptverwaltung für die Groß-Einkaufs-Zentrale wurde die Genossenschaftsbank in Bonn vertraglich beauftragt. Dem Geschäftsführer wurde Herr Heinrich Heber Schöck, zu Prokuristen die Herren Betriebssekretär Braun und Heß bestellt. Bei Bestellung des Hauptzweckes wurde auf die einzelnen Bezirke Rücksicht genommen, über die der Verband westdeutscher Konsumvereine sich erstreckt.

Die Vereine des genannten Verbandes setzen im vergangenen Jahre bereits umherab 3 Mill. Reich bei der Preisermäßigung in Bonn um und ist mit der Herabsetzung zweifelslos eine bedeutende Erhöhung des gemeinsamen Warenverkehrs verbunden. Der Gesamtumsatz von 20 Millionen, die diesem Verband angeschloßen sind, belief sich im Jahre 1911 auf mehr als 20 Mill. Reich. Dem gehören dem Verband westdeutscher Konsumvereine 17 Genossenschaftliche Selbsthilfsvereine an.

**Berliner Konfusion.** In der „Sozialen Woche“ sollte Professor Jank eine Erörterung der Tarifverträge, die Verhandlung, wie unorganisierbare Herrschaftsgelüste und Unterdrückung der Arbeiter, ausgeübt, das unsere Leben gegenüber Vertragspflicht zu führen und ihren Gehaltsverhältnis anzudeuten, das Wort geriet. Die „Sozialen Woche“, das Organ des christlichen Staats-, Gewerkschafts- und sozialer Arbeitervereine, hat die dem Professor Jank gewidmete Rede der „Arbeiter“, welche von „Sitz Berlin“:

...eigentlich in einem christlichen Sinne nicht zu wissen, daß gerade die Sozialdemokraten in ihren Kampfschriften die Sozialdemokraten in ihren Kampfschriften und Herrschaftsgelüsten unterdrücken, indem sie mit ihnen gemeinjam die von den Arbeitern zur Bekämpfung ausgeübte ihre geg-

lässene katholische Berufsorganisation von den Tarifverhandlungen ausschloßen. Wir erinnern nur an Kassel 1907 (Holzgewerbe) und Frankfurt, Februar 1912 (Schneider) und an die mehrfachen Terrorismussfälle im Baugewerbe. Angesichts solcher Tatsachen nehmen sich die Klagen der christlichen „Gewerkschaftsstimme“ wie die reinste Selbstverhöhnung aus.“

Das ist echte „Berliner“ Konfusion und Entstellung der Wahrheit. Zunächst haben die christlichen Gewerkschaften die Fachabteilungen noch nicht ausgeschloßen von den Verhandlungen, sie haben nur nicht gemeinshaftlich mit ihnen verhandelt. Die Fachabteilungen können mit den Unternehmern verhandeln, so lange sie Lust haben, das können wir ihnen nicht verbieten. Und Nicht-gemeinschaftliches-Verhandeln ist noch viel weniger Ausschluß vom Tarifvertrag. Das können wir nicht und wollen wir auch gar nicht. „Sitz Berlin“ mag mit den Unternehmern so viel Tarife abschließen, wie er will, nur wird man uns nicht zumuten können, gemeinschaftlich mit ihm zu verhandeln, solange er nicht die gewerkschaftlichen Konsequenzen zu übernehmen bereit ist und sich mit den Gewerkschaften über alle einzuschlagenden Schritte zu verständigen. Bisher hat „Sitz Berlin“ noch bei allen Verhandlungen im trüben zu sehen versucht, indem er den Gewerkschaften die Arbeit und die Opfer überließ, sich dann aber desto lauter mit deren Erfolgen brüstete. Wir haben erst kürzlich davon ein Schulbeispiel gebracht, wo der „Arbeiter“ mit dreier Stirn sog. die Erfolge der Bewegung von 1910 im Baugewerbe seien nur der „katholischen Berufsorganisation“ zuzuschreiben. Die „Berliner“ „Tatsachen“ sind weiter nichts wie Konfusion und Schwindel.

### Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: Essen (Zwiebeler) Sperre über die Eijener Baumaterialien-Vertriebsgesellschaft Lange und Comp., sowie sämtliche Arbeiten des Zwischenmeisters Geiser, Eblin für Plattenleger die Zwischenmeister Geiser, Lübinghausen (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter). Gollentisch (Sperre über Pawliak) wegen Wagenregelung. Henne i. Weiß. (Gesperrt für Zimmerer ist die Firma Senger). Eblin a. Rh. (Sperre über die Betonfirmen Hüjer & Comp. und Gebrüder Schömer). Geseke (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter). Bechta (Streik der Zimmerer, Aussperrung der Maurer und Bauarbeiter). Glax (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter). Argentan (Streik der Maurer). Pöppel (Sperre über das Ziegeleigereschäft Josef Köpfer). Troisdorf (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter). Zugzug ist ferngehalten.

In Argentan sind am 7. Mai alle christlich organisierten Maurer in den Streik getreten. Seit dem Jahre 1910 weigern sich die dortigen Arbeitgeber, den in Dresden festgestellten Sachspruch anzuerkennen. Die schlechte Ausstattung in den beiden Vorjahren war zur Durchführung des Sachspruchs auf dem Wege des Kampfes wenig geeignet, so daß der Kampf bis jetzt, wo die Bautätigkeit lebhafter geht, vertagt wurde. In den Kampf sind circa 50 Kollegen getreten, also alle Organisierten. Besonders vorteilhaft ist, daß auch die Poliere sich mit den Gezellen solidarisch erklärt haben. Der Kampf muß gewonnen werden, wenn die Argentaner von den umliegenden Ortschaften, wo Maurer in Frage kommen, unterstützt werden. Ein Unternehmer hat bereits den Tarif unterschrieben, so daß am Montag, den 13. Mai, ein Teil der Kollegen dort die Arbeit wieder aufgenommen hat. In welcher Weise die Unternehmer die organisierten Maurer provozieren, zeigt die Handlungsweise des Unternehmers Wittkowski. Auf seinem Bau arbeitet unter allen organisierten Kollegen auch ein Unorganisierter, welcher wegen seines schlechten Augenlichtes eigentlich gar nicht auf einem Neubau beschäftigt werden dürfte. Als ein Kollege diesen nach seinem Gezellenbrief fragt, wurde er gleich von dem Unternehmer entlassen. Als der Entlassene mit Recht auch bald seinen Lohn verlangt, zieht der Unternehmer den Revolver aus der Tasche, um so dem Kollegen anstatt Lohn Revolverkugeln zu geben. Am Abend des ersten Streiktages ludte der selbe Unternehmer einige der bei ihm beschäftigten Maurer in eine Kneipe und machte ihnen Vorwürfe, wie dumm sie wären, daß sie freitren und dem Verbanne folgten. Die Sekretäre lebten nur vor den Arbeitergeößen, denn sie hätten ja sonst keine Nebenbeschäftigung. Er rühmte sich dann noch, daß er noch vor ein paar Jahren auch im roten Zimmererverband in Berlin 70 Pf. Beitrag bezahlt hat. Also vor ein paar Jahren noch waschechter „Genosse“ und jetzt Schatzwächter erster Klasse. Wir bitten alle organisierten Kollegen, uns in dem Kampfe zu unterstützen und den Zugzug von Argentan ferngehalten.

**Troisdorf.** Unsere Lohnforderung und Forderung auf Abschluß eines Tarifvertrages ist bei den Arbeitgebern auf hartem Widerstand gestoßen. Auf Grund der Forderung, einen vierjährigen Tarif abzuschließen, hatten wir eine Forderung eingereicht auf Einführung des rheinischen Tarifvertrages f. d. B. mit dem Stundenlohn von 62 Pf. für Maurer, 52 Pf. für Hilfs- und Erdarbeiter. Nach längerem Sträuben kam es am 24. April zur Verhandlung. Die Verhandlungen werden vom Vorsitzenden des rheinischen Arbeitgeberverbandes, Thiemann-Eöln, geleitet. An denselben nahmen alle Troisdorfer und auch die Siegburger Unternehmer teil. Die fremden Firmen hatten ihre Vertreter entsandt. Die Siegburger erklärten sich bereit gegen die Einführung eines Tarifvertrages mit dem Stundenlohn für Maurer von 65 Pf. für Hilfsarbeiter 55 Pf. Der Arbeitgeberverband erklärte, ein Tarif, der den 31. März 1913 Geltung habe, nicht abgeschlossen werden könne. Die Vertreter der fremden Firmen erklärten sich bereit, einen Tarifvertrag mit 67 Pf. für Hilfsarbeiter abzuschließen. Auf die lange Tarifparade und die Unternehmerns Redereien beruhigten wir unsere

Forderung auf 57 Pf. bzw. 47 Pf., ab 1. August 58 Pf. Der Vorsitzende erkannte den Einigungsversuch als eine geeignete Grundlage zur Einigung an und sprach diesen Vorschlag den auswärtsigen Unternehmern persönlich zu verbreiten. Das Resultat wollte er dann mitteilen. Die Firmen Probst & Venner und Schuler erklärten sich zur Zahlung des Tariflohnes von 57 Pf. bereit. Daraufhin stimmten die Kollegen der Organisationen dieser Lohnhöhe zu und beschloßen, bei allen übrigen Firmen durchzukämpfen. Herr Probst erklärte dann, seine Zustimmung nicht gegeben zu haben. Die anderen Firmen erklärten, den Lohn nicht zu zahlen. Darauf wurde über sechs Firmen, wo wir keinen Einfluß haben, die Sperre verhängt. Die Arbeitsstellung war eine einheitliche. Nur wenige „Arbeitsmittige“ sind vorhanden. Der Unternehmer Behrmann hatte es verstanden, eine Kolonne Italiener von 27 Mann heranzulassen. Dieselben reisten jedoch wieder ab. Stimmung unter den Streikenden ist gut. Man teilt nur einen Willen: Die Einführung eines Tarifvertrages mit entsprechenden Löhnen. Gält die Stimmung so, dann ist der Sieg gewiß. Vorläufig stehen etwa 130 Kollegen im Kampfe. Diese Zahl wird sich jedoch bedeutend vermehren. Jeder Zugzug ist daher von Troisdorf streng fernzuhalten.

### Bezirk Bochum.

**Essen.** Die Firma W. Gusmann-Essen handigte ihre Maurern und sonstigen Bauarbeitern eine Arbeitsordnung aus, die Bestimmungen enthält, welche vor langen Jahren mal üblich waren. Dieses Grenzpar wurde den Kollegen am Donnerstag, den 2. Mai, mit dem Bemerkten ausgereicht, daß am anderen Morgen es schon ein jeder unterschreiben sollte. Selbstverständlich konnten unorganisiereten Kollegen diesem Ansuchen der Firma, unterschreiben, nicht nachkommen, weil die dort enthaltenen Bestimmungen unserem abgeschloßenen Vertrag zuwiderlaufen. Nachdem die Kollegen Kirchner und Nolte an der Baustelle mit den Kollegen sich klar geworden war, wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, nicht zu unterschreiben. Auch die dort sozialdemokratisch organisierten Kollegen erklärten sich mit uns solidarisch. Dieses hat zur Folge, daß unsere Kollegen Kaiser und Nidel gekündigt wurden, weil man annahm, Kaiser sei derjenige, welcher diesen von der Firma angefertigten „Fahrplan“ ausgereicht hätte. Die Kollegen Kaiser und Nidel sind in den nächsten Tagen sich mit der zu Unrecht bestehenden Entlassung befassen. Den Tag der Arbeitslosigkeit wird wohl Gusmann auf Grund der zu erfolgenden Beurteilung der Entlassungskommission zahlen müssen. Wir wollen abwarten, welche Stellung man einnimmt. Von den 16 Paragraphen, welche das ausgehandigte „Gesetz“ enthält, sehen sich 11 in schärfstem Widerspruch mit dem abgeschloßenen Vertrag. Glaubt denn die Firma, daß organisierte Arbeiterschaft wieder das alte „patriarchalische“ Verhältnis wünscht, wie es früher mal bestanden? Monatliche Lohnzahlung, Zuspätkommen, Fernbleiben von der Arbeit, Feiertagen, Verhalten auf der Baustelle, Arbeitsanweisung usw. sind die Paragraphen, welche nicht zulassen, daß man unterschreibt. Wir nehmen an, daß Herrn Gusmann nichts von der Sache bekannt ist, daß lediglich dieses nur eine Wache von verschiedenen anderen Personen ist. Wir haben im Betriebe des Herrn Gusmann bisher noch nicht über derartiges Klagen können hören, wir hoffen, daß er in dieser Sache nun auch eine Wendung eintreten läßt, und zwar zur Zufriedenheit der in seinem Betriebe beschäftigten Bauarbeiter.

**Die Tariffrage der organisierten Bauarbeiter von Hamborn.** Schon seit Jahren müssen wir uns abmühen, um in dem Lohngebiete Hamborn unseren Tarifvertrag zur Anerkennung zu bringen. Ein großer Teil der dortigen organisierten Bauunternehmer kümmerlich sich nicht um den Tarif und läßt statt dessen 11 und mehr Stunden täglich arbeiten. In friedlichem Wege sind die dortigen Unternehmer nicht zu bewegen, ihre Vertragsverletzung zu unterlassen. Selbst die Aufforderung des Einigungsamtes wurde von ihnen bisher ignoriert. Da in der Vergangenheit genannten Gebiete noch sehr viele unorganisierte Bauarbeiter beschäftigt waren, konnten wir auch durch ernsthafte Maßnahmen die Anerkennung unseres Vertrages erzwingen. Erfreulicherweise ist es in den letzten Monaten in dieser Beziehung besser geworden. Wir sind auch der Deutsche Bauarbeiterverband haben mit dem Jubeliferentismus ziemlich ausgeträumt.

Daher wandten wir uns abermals an die dortigen organisierten Unternehmer und forderten sie in der Schlichtungskommissionsitzung auf, nun endlich unseren Vertrag durchzuführen und nur noch 10 Stunden arbeiten lassen zu wollen. Nach langem, langem Gerede erklärten sie endlich, unserem Wunsch entsprechend. Raum war diese Erklärung protokolliert, stellten die Unternehmer den Antrag, für das Lohngebiet Hamborn unseren Vertrag dahin abzuändern, daß für zehn Stunden elf Stunden gearbeitet werden dürfe, und mal wenn der größte Teil der Arbeiter dieses wünschenswert ist, lehnten die Arbeitervertreter diesen Antrag mit Entrüstung ab. Die Unternehmer, die einstimmig für den Antrag stimmten, erklärten, nachdem der Antrag durch Stimmengleichheit unerledigt geblieben, denselben dem Einigungsamte zur Entscheidung zugehen zu lassen.

Die Unternehmer, die ihre Vertragsverletzung, gewöhnlich, damit zu rechtfertigen suchen, daß sie erklären die Arbeiter wünschen es so, bemühen sich in Beweise für ihre Behauptungen zu sammeln, indem sie ihren Arbeitern durch ihre Poliere ein Schreiben unterschreiben vorlegen lassen, worin die elfstündige Arbeitszeit gefordert wird. Schon am Tage nach unserer letzten Schlichtungskommissionsitzung, die am 7. Mai stattfand, wurde fast auf allen Bauten unseren Kollegen nachfolgendes Schreiben mit der Aufforderung, es zu unterschreiben, vorgelegt:

Die unterzeichneten Maurer und Bauhilfsarbeiter erklären sich mit der zehnstündigen Arbeitszeit auf keinen Fall einverstanden und wünschen in den Sommermonaten länger als 10 Stunden, wenigstens 11 Stunden pro Tag, arbeiten zu können. Da sie die Sommermonate zum größten Teil auszumühen genötigt sind, weil sie in den Wintermonaten auf den im Sommer erübrigten Lohn angewiesen sind. Zumal bei Akkordarbeit halten es die Unterzeichneten nicht für angebracht, sich an eine bestimmte Arbeitszeit binden zu lassen.

Hamborn, im Mai 1912.

Was würden die Unternehmer bzw. der Arbeitgeberbund wohl sagen, wenn die Organisationen der Bauarbeiter ein ähnliches Schreiben zur Unterzeichnung vorlegen würden, worin, mit derselben Begründung, ein Stundenlohn gefordert würde, wie er in den umliegenden Städten gezahlt wird? Also statt 58 60 bzw. 61 Pf.?

Sicher würden sie dann Zeter und Mordio schreien; auch wenn die Organisationsleitungen sagen würden, die Arbeiter wollen es so, sie verlangen einen höheren Lohn. Schon aus diesem Beispiel ist ersichtlich, welches gefährliches Spiel die Hamborner Unternehmer treiben.

Wir geben es offen zu, es gibt leider noch einzelne Arbeiter, die gern 11 oder 12 Stunden arbeiten wollen. Diese bebauerenswerten Elemente sind eben noch wenig von der Kultur beledt, sie stehen kulturell noch auf einer sehr tiefen Stufe, und erblicken ihren ganzen Lebenszweck darin, daß sie arbeiten, schlafen und ein wenig essen.

Solche besagtenwertigen Geschöpfe müssen eben erzogen und ausgerüttelt und darüber aufgeklärt werden, daß sie nicht nur Arbeitstiere, sondern auch Menschen und Staatsbürger sind, die auch ihrer Familie, ihrem Stande und dem Staate gegenüber hohe und heilige Pflichten zu erfüllen haben.

Schließlich haben doch auch die Unternehmer ein großes Interesse daran, wenn die Arbeiter auf einer hohen Kulturstufe stehen; denn je intelligenter und je tüchtiger die Arbeiterschaft ist, um so berufstreuiger wird sie sein. Daher sollten die Unternehmer mit uns gemeinsam dieses Ziel zu erstreben suchen. Wollen sie dieses, dann ist die erste Vorbedingung, daß die Arbeitszeit auf ein vernünftiges Maß begrenzt wird, denn eine Arbeiterschaft, die täglich länger als 10 Stunden arbeiten muß, ist bei der heutigen Arbeitsweise nicht mehr bildungsfähig und nicht mehr in der Lage, sich schulen und weiterbilden zu können.

Möchten doch dieses endlich alle Arbeitgeber und Arbeiter einsehen. Sicher würde dadurch beiden Teilen und auch unserer ganzen Gesellschaft der größte Dienst erwiesen.

**Bezirk Hannover.**

**Losfeld (Kr. Garburg).** Der Streik hier am Orte ist nach fünfzehntägiger Dauer mit gutem Erfolg beendet worden. Wie wir schon mitgeteilt haben, wollten die Unternehmer wohl 3 Pf. Lohnerhöhung geben, aber auf die Dauer von drei Jahren. Sie wollten auch die Organisation nicht anerkennen und keinen Tarif abschließen. Als die Unternehmer sahen, daß die Einigkeit der Kollegen nicht ins Wanken zu bringen und ein großer Teil der Streikenden in andere Arbeit getreten war, gaben sie nach und traten mit dem Zahlstellenvorstand in Verhandlungen, mit dem Bezirksleiter wollten sie nicht verhandeln. Diese Verhandlungen führten zu einem annehmbaren Resultat. Es wurde ein Tarif vereinbart, wonach der Lohn sofort um 3 Pf. und ab 1. April 1913 wieder um 3 Pf. steigt. Der Tarif gilt bis zum 1. April 1914. Auch die sonstigen Fragen sind in dem Tarif geregelt worden. Wir haben somit trotz der Jugend unserer Zahlstelle einen guten Erfolg erzielt. Die Kollegen haben aber auch eine mustergültige Einigkeit und Disziplin gezeigt. Nur einer ist umgefallen, ein Zimmermann, der als Sägemeister beschäftigt war. Er ist nicht nur den Verordnungen seines Meisters unterlegen, sondern er soll auch einen strengen Fehlbeweis zu Hause haben, dessen Anordnungen er sich fügen mußte. Wir tragen es daher dem Kollegen nicht nach, denn er scheint sich in einer Zwangslage befunden zu haben. Unsere Losfelder Kollegen werden den Erfolg zu würdigen wissen, muß es doch jetzt unsere Aufgabe sein, unserem Verband in der Umgebung eine weitere Verbreitung zu verschaffen. Mögen die Kollegen daher nicht ruhen, bis sie den letzten Kollegen dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter zugeführt haben.

**Schnathorst.** Auch hier haben die Unternehmer nachgegeben und sind mit uns in Verhandlungen getreten. Es wurde ein Tarif vereinbart bis zum Jahre 1914. Der Lohn steigt in diesem Jahre um 2 Pf. und im nächsten Jahre um weitere 3 Pf.; ebenso wurden Zuschläge für Überstunden usw. festgelegt. Unsere Kollegen stimmten zu und nahmen am 25. April die Arbeit wieder auf. Die Unternehmer am 2. Mai den Tarifvertrag unterzeichnen wollten, lehnten sie dieses, mit Ausnahme des Maurermeisters Balke, unter nichtsjagenden Gründen ab. Welche Absicht sie dabei hatten, haben sie allerdings verbalen, sie meinten, der Lohn sei zu hoch, es hätten auch alle Kollegen wieder angefangen (es waren einige gereist) usw. Sie wollten also das umwerfen, was mündlich versprochen hatten. Ein recht sonderbares Verhalten. Die Unternehmer glaubten uns mit Verhandlungen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, um dann ihr Wort nicht halten zu brauchen, um mit uns zu lassen zu können, was sie wollten. Sie hatten Rechnung aber ohne uns gemacht. Am Sonntag, den 2. Mai, hielten wir eine gutbesuchte Versammlung ab, beschloßen, falls die Unternehmer am Montag den Tarif nicht unterzeichnen würden, die Arbeit wieder anzusetzen. Dieses entschiedene Vorgehen hat seine Wirkung nicht verfehlt, die Unternehmer haben den Tarif unterzeichnet. Auch hier ist der Erfolg ein großer, denn wir haben doch in zwei Jahren den Lohn um 10 Pf.

pro Stunde erhöht. Unsere Kollegen haben sich immer als gute Gewerkschaftler gezeigt, das werden sie auch für die Zukunft tun.

**Verbandsnachrichten.**

(Versammlungsberichte sind sofort nach Stattfinden der Versammlung einzuliefern. Dieselben sind so kurz wie möglich zu halten, nur das Wichtigste ist anzuführen. Das Papier darf nur auf einer Seite beschrieben werden und muß an einer Stelle ein ca. zweifelhafte Rand freibleiben für notwendige Korrekturen.)

**Wir machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 19. Mai, der zwölfte Wochenbeitrag fällig ist.**

**Bezirk Saarbrücken (Bezirkskonferenz).** Am Sonntag, den 28. April, fand in Saarbrücken, im Hotel Zannhäuser, die Konferenz des Bezirks Saarbrücken statt. Dieselbe war von fast allen Zahl- und Verwaltungsstellen durch Delegierte besetzt. Vom Zentralvorstand war der zweite Zentralvorsitzende, Kollege Schmidt, anwesend. Der Bezirksleiter, Kollege Vestum, eröffnete die Konferenz um 3 Uhr und begrüßte die Delegierten, sowie Koll. Schmidt-Berlin als Vertreter des Zentralvorstandes. Nach vorgenommener Bureauwahl, in der Kollege Vestum als erster, Koll. Baque als zweiter Vorsitzender und Kollege Wegel als Schriftführer gewählt worden waren, erhielt der Bezirksleiter, Kollege Vestum das Wort zur Berichterstattung über den Stand des Bezirks. In gut disponierter Form erstattete er Bericht über den Stand des Verbandes im Bezirke und in den ihm unterstellten Zahl- und Verwaltungsstellen. Im allgemeinen sei das Bild kein erfreuliches, aber trotz der vorhandenen Schwierigkeiten sind wir auch im letzten Jahre hier wieder ein gutes Stück vorwärts gekommen. Die Mitgliederzahl ist von 1124 im 1. Quartal 1911 auf 1465 am Schlusse des Berichtsjahres gestiegen. Trotz einer nicht gerade günstigen Konjunktur konnte der Verband in sechs Orten neu eingeführt werden. In alten bedeutenden Orten sind Tarifverträge abgeschlossen, mit Lohnerhöhungen von 5-10 Pf. pro Stunde und Arbeitszeitverkürzungen von 1 1/2-7 1/2 Stunden pro Woche. Nicht nur die äußere Entwicklung, sondern auch die innere hat wesentliche Fortschritte gemacht. Die Gesamteinnahme betrug im Jahre 1911 35 990,64 M., die Gesamtausgabe 18 004,30 M. An Unterstützungen wurden insgesamt 3440,12 M. ausgezahlt. In 209 Fällen wurde von Seiten der Beamten schriftlich und mündlich Rechtschutz erteilt. Ferner wies er noch darauf hin, daß in einer Reihe von Orten, wo bis jetzt die Kollegen es noch nicht für notwendig befunden hätten, der Organisation beizutreten, auch von den Unternehmern die Lohnerhöhung von 10 Pf. pro Stunde, welche nach dem Dresdener Schiedsspruch hätte eintreten müssen, bis jetzt nicht gezahlt worden seien. Vier einmal dafür zu sorgen, daß auch jene Kollegen zur Einsicht kommen, daß es ohne Organisation dem Arbeiter heute nicht mehr möglich ist, seine Forderungen durchzusetzen, sei jetzt Aufgabe eines jeden überzeugten Gewerkschaftlers. Die Durchführung einer systematischen Hausagitation und die Einführung des Bundeslegiertensystems ermöglichten es, dieses Ziel zu erreichen. Die große Klutuation sei bloß darauf zurückzuführen, weil man in diesem Punkte nicht verfehlte, so zu arbeiten, um die neu aufgenommenen Kollegen auch der Organisation zu erhalten. Zum Schluß wies der Redner noch darauf hin, daß in Zukunft alle Bestrebt sein sollen, nach diesen Gesichtspunkten zu handeln und dafür zu sorgen, daß mehr Selbständigkeit bei den führenden Kollegen in den einzelnen Zahlstellen Platz greifen möchte. Nur wenn wir so gemeinsam Hand in Hand arbeiten, wird es möglich sein, auch fernerhin immer mehr an Boden für unsere Bewegung, auch in dem Bezirk Saarbrücken, zu gewinnen. Aus den Berichten der Delegierten konnte man entnehmen, daß es überall vorwärts geht, wenn auch nicht mit Riesenschritten, so doch stetig und sicher. Allgemein wurde Protest erhoben gegen den Terrorismus von Seiten der Genossen, wie er hier christlich organisierten Kollegen gegenüber immer mehr sich bemerkbar macht. Ganz besonders wurden Klagen über laut seitens der Zahlstelle Kaiserslautern. Dort sei es fast nicht mehr möglich, als christlich organisierter Gewerkschaftler zu arbeiten. Daß gerade in der Westpfalz die Genossen nicht so vorwärts kommen, wie sie es gerne wünschten, beweist eine ganze Anzahl Versammlungen, die sie über die Ostertage in der Pfalz abhielten, welche zum Teil nur von drei bis vier Mann besucht waren. In einzelnen Orten konnten sie gar keine Leute in die Versammlungen bekommen. Dieses besagt uns, daß gerade hier noch ein zu bearbeitendes Gebiet für uns liegt. Dieses für unsere christliche Bewegung zu gewinnen, muß unsere erste Aufgabe sein. Auch die Delegierten von den Lothringer Zahlstellen stellten fest, daß auch dort unsere Organisation kräftig vorwärts kommt. In kurzer Zeit konnten in Hagendingen und Gr. Morsbrunn über 60 Aufnahmen gemacht werden, dank der umsichtigen und tatkräftigen Mitarbeit der dort beschäftigten Kollegen. Auch die Verwaltungsstelle Trier ist gut vorwärts gekommen. Der Kollege Baque, der dort als Beamter tätig ist, verfügt über einen Stamm von Vertrauensmännern, auf die er stolz sein kann. Eine Freude war es, die Berichte dieser Kollegen anzuhören, welche durchdrungen waren von Idealismus und Liebe für unsere Sache. Ihre Ausführungen fanden allgemeinen Beifall. Die Verwaltungsstelle Trier kann stolz darauf sein, einen solchen Stamm von Vertrauensmännern in einer kleinen zu haben. Zum dritten Punkt der Tagesordnung erhielt der Vertreter des Zentralvorstandes, Kollege Schmidt-Berlin, das Wort zu dem Thema: „Die Aufgaben der Bauarbeiter in der Zukunft.“ In wohlüberdachten und sachlichen Ausführungen schilderte er die Ergebnisse der hinter uns liegenden Kampfesjahre. In überzeugenden Worten bewies er, daß nur durch eine starke und wohlgeleitete Organisation es möglich sein wird, die erreichten Verbesserungen im Lohn- und Arbeitsver-

hältnis auch in Zukunft zu halten. Nicht durch große Versprechungen wollen wir die Kollegen für unsere Bewegung gewinnen und daran fesseln, sondern durch Erreichung dessen, was im Bereiche der Möglichkeit liegt, ohne daß unser Volksganzes darunter zu leiden hat. Die Weltanschauungsfrage ist es, die heute so manchen Kampf auslöst. Zwei mächtige Gegner stehen sich heute in dieser Hinsicht gegenüber. Als christliche Arbeiter haben wir die Pflicht, uns auf Seiten jener Kämpfer zu stellen, die unumwunden eintreten für die Aufrechterhaltung unserer heutigen bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung. Gerade durch unsere feste, unerschütterliche Stellung hierzu haben wir uns Neider und Gegner überall herausbesprochen. Die Zeit der Verschwommenheit der Grundsätze ist vorüber, überall muß Klarheit vorhanden sein über das, was wir wollen. Wieweit gerade die Verschwommenheit der Grundsätze führt, zeigen uns zur Genüge die Hirsch-Dundertischen Gewerbevereine, die immer mehr an Selbstständigkeit verlieren und so immer schneller ins sozialdemokratische Fahrwasser hineingefahren. Zur Stellung dem Gegner gegenüber führte er aus, daß es notwendig ist, ihm gegenüber ehrlich zu sein, aber niemals zu vertrauensselig. Hinsichtlich der Tarifverträge wies er darauf hin, daß unter allen Umständen wir für die Durchführung und Anerkennung derselben jederzeit eintreten müssen. Nur auf dem Boden praktischer Gewerkschaftsarbeit wird es möglich sein, nennenswerte Verbesserungen für unsere Mitglieder zu erreichen. Redner wandte sich in sehr scharfen Worten gegen die Verheerungsarbeit der sozialistischen Agitatoren und ermahnte die Delegierten, mit aller Kraft zu arbeiten an der Weiterentwicklung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands, damit auch er im Saarrevier eine achtunggebietende Stellung einnimmt. Lebhaften Beifall spendeten die Delegierten den sachlichen, klaren und mit Ueberzeugung vorgetragenen Ausführungen. Da die Zeit nun schon sehr weit vorgeschritten war, wurde auf eine allgemeine Diskussion über dieses Kezerat verzichtet. Nach einem wirkungsvollen Schlußwort, von Seiten des Bezirksleiters Vestum wurde mit einem begeisterten Hoch auf den Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands die antretende verlaufene Konferenz geschlossen.

**Bechhausen-Buer.** Recht zahlreich hatten sich die Mitglieder des christlichen Bauarbeiterverbandes zu einer außerordentlichen Versammlung im Kleinschen Saale eingefunden. Tagesordnung war ein Vortrag des Kollegen Häuschen aus Bochum. Das Thema des Redners lautete: „Christliche und „freie“ Gewerkschaften.“ Koll. Häuschen sprach zunächst von der Notwendigkeit der Gewerkschaften im allgemeinen und wies auf die gewalttätige Umwälzung hin, die sich in den letzten 30 bis 40 Jahren in Deutschland vollzog. Die dominierende Landwirtschaft wurde von der Industrie verdrängt. In dieser Zeit des Aufstiehs der Industrie setzte die Gewerkschaftsbewegung ein; denn der Arbeiter kam zu der Ueberzeugung, daß nur die Selbsthilfe ihm eine Besserung seiner Lage bringen könne. Jedoch förderte diese Gewerkschaftsbewegung keineswegs die Interessen der Arbeiter, sondern ihre Bestrebungen waren nur dahin gerichtet, die Sozialdemokratie und die Fortschrittspartei zu stärken. Dieses empfanden die christlich denkenden Arbeiter um so nachdrücklicher, weil eine Besserung ihrer Lage sehr nötig war. So kam es denn, daß sich christliche Organisationen gründeten, die frei von jeglichem Parteigetriebe, nur die rein wirtschaftliche Lage des Arbeiterstandes zu heben sich zum Ziele setzten. Im weiteren behandelte der Redner die grundsätzliche Stellung der christlichen Gewerkschaften und führte uns noch einige Angriffe der freien Gewerkschaften vor Augen. Auch sprach der Redner von dem Vergarbeiterstreik in diesem Frühjahr, der nur dahin gerichtet war, die christliche Vergarbeiterorganisation zu vernichten. Die Stellung des Gewerbevereins christlicher Vergarbeiter war die einzig richtige. Wir können es nur begrüßen, daß nicht über die ganze Arbeiterschaft ein großes Unglück hereingebrochen ist. Redner kennzeichnet alsdann den Unterschied zwischen christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften. Seine Ausführungen belegte er mit reichem Material. Kollege Häuschen erntete für seine Rede von sämtlichen anwesenden Kollegen reichen Beifall.

**Dortmund. (Bauhilfsarbeiter.)** Am 17. April fand unsere Mitgliederversammlung statt, zu welcher unser Bezirksleiter, Koll. Koch aus Bochum, erschienen war. Er hatte sich zu seinem Vortrage das Thema: „Christliche und sozialdemokratische Gewerkschaften“ gewählt und führte dabei etwa folgendes aus: Da die Arbeiterschaft wirtschaftlich der schwächere Teil ist, so ist es unbedingt notwendig, daß sie sich koaliert. Hierüber ist sich schon ein großer Teil der Arbeiter klar. Leider sind sich viele noch nicht einig, welcher Organisation sie sich anschließen sollen. Die Frage, ob christliche oder sozialdemokratische Gewerkschaften, wird heute viel, besonders von den sozialdemokratischen Zeitungen, diskutiert. Daher ist es notwendig, daß auch wir, besonders unsere jüngeren Kollegen, dieser Frage nähertraten. Die Arbeiter schließen sich zusammen für besseren Arbeiterschutz und besserer Ausführung, menschenwürdige Behandlung und Eringung und Wahrung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Wo eine gut organisierte Arbeiterschaft vorhanden ist, da wird den gesetzlich und tatsächlich gewährleisteten Bedingungen auch Geltung verschafft. Dieses wären somit die materiellen Aufgaben der Gewerkschaften. Eine einheitlich geschlossene Gewerkschaft wäre hierzu von großem Nutzen; denn dieses wäre der Idealzustand. Wer schon im Anfangsstadium der Gewerkschaftsbewegung, im Jahre 1868, war selbige gespalten in diejenige des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, welcher von Sozialisten gegründet wurde, und der Gruppe, welche sich um Carl Dauter sammelte. Wir können hieraus ersehen, daß nicht die christlichen Arbeiter die Arbeiterzerstückler waren, wie man es heute fälschlicherweise immer wieder sagt, sondern die Sozialdemokraten es selber waren. Selbstgehaben beschränkt, sondern meistens auf politische und religiöse Fragen gerichtet. Da das deutsche Volk recht groß wie auch parteipolitisch sehr zerstückelt ist, so ist

Es ist richtig, diese Fragen in die Gewerkschaften einzutragen, ohne daß die Einigkeit zerstückt wird. Als christliche Arbeiter verlangen wir, daß unsere politische und religiöse Überzeugung in der Gewerkschaft unantastbar bleibt. Bei den sogenannten freien Gewerkschaften ist es allerdings anders; sie arbeiten in Wort und Schrift darauf hin, ihre Mitglieder atheïstisch zu erziehen und zu Sozialdemokraten zu machen. So bringt z. B. „Der Zimmerer“, das Organ des roten Zimmererverbandes, und auch „Der Grundstein“ blutige Artikel gegen Kirche und Geistliche, und durch Versammlungsresolutionen werden die Verbandsmitglieder aufgefordert, aus der Kirche auszutreten; auch werden Gewerkschaftsgelder zu sozialdemokratischen Wahlen gegeben. In humorvoller Weise zeigte uns Referent noch, welchen Wölbjinn der sozialdemokratische Maurerverband seinen Mitgliedern in einer Broschüre über die Entstehung des Menschen vorlegt. Sie predigen offen den Darwinismus. Aus all diesem ist zu ersehen, daß sich kein christlich denkender Arbeiter diesen Gewerkschaften anschließen kann. Daher ist es notwendig, daß wir den Kollegen, welche innerlich zu uns gehören, sagen, welche Ziele die roten Gewerkschaften auf religiösem und politischem Gebiete verfolgen. Es sind dieses Gründe genug, die die christlich denkenden Arbeiter verpflichteten, christlich-nationale Gewerkschaften zu errichten; nicht weil es ihnen nun mal so paßt, sondern weil sie unsere christliche Weltanschauung nicht wollen zerstückeln lassen. Es war dieses ein sehr gesunde Gedanke, haben wir doch in den ersten 10 Jahren unseres Bestehens über 360 000 Mitglieder für diesen Gedanken gewonnen. Unsere christliche Gewerkschaftsbewegung ist die einzig richtige Standesbewegung, welcher wir uns anschließen können. Wir müssen deshalb alles tun, um alle christlich gesinnten Arbeiter für unsere Sache zu gewinnen. Wenn alle für die Stärkung unserer christlich-nationalen Arbeiterbewegung beitragen werden, dann werden wir von den Unternehmern und Genossen auch respektiert werden. Am 1. Mai fand unsere Generalversammlung statt. Im ersten Punkt der Tagesordnung wurde der Kassenbericht vom Kassierer, Koll. Euler, gegeben. Wir hatten eine Jahresrechnung für die Zentralkasse von 5339,27 M. Die Kasse der Krankenversicherung betrug 514,40 M. an Einnahme und 96 M. wurden an die Zentralkasse abgeliefert 5223,87 M. Die Zentralkasse hatte eine Einnahme von 1513,71 M.; dem steht eine Ausgabe gegenüber von 676,54 M. Mitteln bleibt ein Kassensaldo von 837,17 M. Neu aufgenommen wurden 319 Mitglieder. Aus anderen Organisationen waren 37 übergetreten. Der Jahresüberschuss der Kassen betrug 24 M. Die Beitragsleistung beträgt pro Mitglied 38,09 Mark. Koll. Euler führte hierzu aus, so erfreulich die Bilanz der Kassen mit 38 Mark pro Mitglied wäre — haben wir doch nur 10 Wochen zu leben —, so ist bedauerlich, daß die Kassen nicht mehr gedeihen, und sei es Pflicht eines jeden von uns, die sammeligen und lauen Mitglieder bei der Sache zu halten. Des weiteren erwähnte Kollege Euler noch, daß wir alles daran setzen sollten, den Sozialverband in diesem Jahre zu verdoppeln, um so einen „Schwung“ für das kommende Kampfsjahr zu haben. Im zweiten Punkt, Vorstandswahl, wurden Koll. Euler als erster Vorsitzender neu, und der bisherige Schriftführer wiedergewählt. Koll. Euler wird die Kassenführung weiterführen, womit sich die Versammlung einverstanden erklärte. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen ermahnt hatte, den Verband in jeder Hinsicht zu unterstützen, schloß er die Versammlung mit einem Hoch auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung.

**Begehrte.** Das Versammlungsalter in Menge ist jetzt beim Amt Siemens in der Ameringstraße. Es ist höchste Zeit, daß auch die Kollegen aus der Umgegend mal aus ihrem Schlaf erwachen und wieder eifriger die Versammlungen besuchen. Auch lassen es manche Vorstandsmitglieder sehr an der nötigen Pünktlichkeit fehlen. Da hier noch so viele Unorganisierte herumlaufen, ist es nötig, daß auf den Banken die Agitation etwas lebhafter betrieben wird. Soll diesen Mißständen abgeholfen werden, so ist es notwendig, auf jeder Bankstelle einen Parteileiter zu postieren. Besuchen die Kollegen regelmäßig die Versammlungen, dann werden sie auch Anregung und Material bekommen, damit die Agitation auch erfolgreich geführt werden kann. Nur wenn wir Mann für Mann organisiert sind, können wir den kommenden Kampfsjahr in Ruhe entgegengehen.

**Mitglieder.** Nachdem die in letztem Ort organisierten Bauarbeiter bisher der Zahlstelle Godesberg angehört haben, ist es nunmehr zur Gründung einer eigenen Zahlstelle gekommen. Das Verbandsaltes befindet sich bei Bantel, Hochstraße. Hoch zum Großen Karlsruher, Bantelstraße.

**Zimmerer.**

Es hat schon lange Zeit her, als die Mitglieder des Zimmererverbandes der Zimmerer in der Rheinischen Arbeiterbewegung teilnahmen. Sie hatten nicht schlechten, daß das auf dem Gebiet der christlichen Arbeiterbewegung der Zimmerer, sondern aber trotzdem einen bescheidenen Erfolg erzielt. Die Zimmererverbandsleitung hat sich zu fragen, ob sie das Beste ihrer Mitglieder tut, und ob sie glaubt, damit einen Erfolg zu erzielen. Sie hat nicht die Mittel, die sie in der Rheinischen Arbeiterbewegung hat, um sie zu unterstützen. Wenn sie die Hand aufheben will, sollen wir nicht dagegen sein. Wir wollen nur, daß sie nicht durch ihre Unwissenheit Schaden anrichtet.

und in selbstloser Weise von Ihnen treten lassen, um nachher für sie die Kostanten aus dem Feuer holen zu helfen. Soweit geht unsere Selbstlosigkeit nicht, und möchten wir darum gewarnt haben.

**Augsburg.** (Kulturkate „deutscher“ Zimmerer.) Am Weltfeiertag, abends nach 6 Uhr, kommt unser Kollege Bucher, Aylster, in eine Wirtschaft am Bahnhof Augsburg-Oberhausen. Dort sieht der „deutsche“ Zimmerer Schaller, der in „gehobener“ Weise das Proletariat fest begangen hat, und fühlt sich natürlich grenzenlos beleidigt; daß so ein „schwarzer Hund“ es wagt, den Vorkriegsarbeitern durch Arbeit zu entheiligen. Ihr herartige „hohe Ideale“ fehlt unserem Kollegen natürlich das Verständnis. Auch leuchtete ihm nicht ein, daß die christlichen Gewerkschaften so schlecht sind, wie sie der „Kulturmenschen“ darstellt. Als dieser merkt, daß diese Worte nicht helfen können, setzt er seine Aufklärungsstätigkeit mit Dreinschlagen fort. Durch den Witz wurde seinem „Bildungsreifer“ ein Ziel gesetzt.

Will der „deutsche“ Zimmererverband diesen Erfolg seiner Kulturarbeit sich allein huchen oder will er der „Kulturpartei“ auch eine Aktie davon ablassen. ....

**Der Bauarbeiterklub für Zimmerer und Dachdecker in Rheinland und Westfalen.**

Am Montag, den 29. April, fand in Köln im Vortragssaal der Bürgergesellschaft eine größere Versammlung der Dachdecker- und Bauklemmermeister, sowie Zimmermeister aus dem Bereich der Rheinisch-Westfälischen Baugewerkschaft statt, die sich nebst Verwaltungsräten der Berufsorganisation, vorwiegend mit der Frage eines besseren Schutzes für Leben und Gesundheit bei Arbeiten an und auf Dächern befaßte.

Seitens der Stadt Köln nahmen der Kgl. Bauerrat Holte und Polizeirat Markgraf an den Verhandlungen teil. Auch die Arbeiterorganisationen waren eingeladen; unser Verband war vertreten durch Koll. J. Becker und die Vorsitzenden der hiesigen Zimmerer und Dachdecker, die Kollegen E. Helm und J. Lukas. Von den „Genossen“-verbänden war der Gauleiter Piepenbring, sowie der Altgenosse des Dachdeckerverbandes, sowie der Vorsitzende der hiesigen Zimmererzahlstelle anwesend. Des ferneren war der Vorsitzende der Berliner Bauarbeiterklubkommission nach hier gekommen, auch ein Vertreter des Metallarbeiterverbandes war anwesend.

Einigungs der Verhandlungen leitete der Vorsitzende der hiesigen Dachdecker- und Bauklemmermeister-Vereinigung, Erasmus Voit, Sr. Majestät den Kaiser als den Schöpfer des Handwerks und brachte ein Kaiserhoch aus.

Der Vorsitzende der Berliner Bauarbeiterklubkommission meinte — so etwas ist mir noch nicht passiert — und der Redakteur der hiesigen roten Parteizeitung — „Rheinische Zeitung“ — sagte ärgerlich, — das fehlt auch gerade noch, — jedoch die Herrschaften machen mit, indem sie sich, wenn auch mit betrübter Miene, von ihren Sigen erhoben.

Dem Referat des Herrn Voit war zu entnehmen, daß die Dachdecker- und Zimmermeister, sowie auch die sonstigen kleinen Handwerkerberufe (51 Berufe gehören der Berufsorganisation an) bei der Verwaltung der Berufsorganisation keinerlei Einfluß hätten. Die Bauunternehmer und Maurermeister, die das Best der Verwaltung in der Hand hätten, überließen den übrigen Betreffenden den größten Teil der Verwaltungskosten auf und belastete dieselben auch mit über die Gebühr hinausgehenden Beiträgen. Ebenso würden die Unfallversicherungsbeiträge der Geschäftsrüstung der Bauunternehmer und Maurermeister angepaßt, d. h. daß selbige, wie Herr Voit sich ausdrückte, — „aus anderer Leute Gelder kommen sollten“.

Sodann erklärte an der Hand von Zeichnungen der Referent die durch Vorschriften vom Jahre 1907 vorgeschriebenen Schutzgerüste (Dachgerüste), die den Meistern zwar viel Geld kosten, aber daraus ihren Zweck verfolgten. Er zeigte dieses an einer Reihe von Beispielen, wo trotz der Schutzgerüste eine ganze Anzahl schwerer Unfälle hier in Köln und Sororien in den letzten Jahren vorgekommen seien, die meist tödlich verliefen. Wie in Köln, so würde es auch anderweitig sein, denn die Beiträge zur Berufsorganisation seien seit 1907 von 37,80 M pro 1000 M Lohnsumme auf 49,25 M im Jahre 1911 gestiegen. Dieses zeige nicht allein anderen, daß die Unfälle, trotz der vorgeschriebenen Schutzgerüste, stets gekümmert seien, und daher müßte die alte Forderung, stabile Gerüste zu bauen, stets von neuem erhoben werden.

Piepenbring vom hiesigen Dachdeckerverband wies auf diese Ausführungen hin, daß er die Erklärung abgab, die Mitglieder seines Verbandes würden die Arbeit verweigern an solchen Arbeitsstellen, wo nicht für ausreichenden Schutz gesorgt sei. Die Dachgerüste böten nicht diesen Schutz. Der Vorsitzende der Berliner Bauarbeiterklubkommission wies darauf hin, daß nach der Statistik ein Drittel der Unfälle im Dachdeckerberufe stets tödlich verliefen und daß besonders die jugendlichen Arbeiter meistens betroffen würden.

Kollege Euler gab im Namen unserer Dachdecker- und Zimmermeister den Vorschlag, daß die Schutzgerüste und die Gerüste zu verbessern seien. Einmal, weil die Gerüste nicht sicher seien, daß sie durchaus nicht den alten Schutz böten, dann aber auch, weil das Anbauen der Gerüste mit großer Behutsamkeit verbunden sei. Die Gerüste auf die Herstellung der Gerüste sollten eine dringende Forderung sein. Die Gerüste sollten auch den Maurer bei den Überbauarbeiten einen weit besseren Schutz, als die jetzt vorgelegten Gerüste böten.

Die Verhandlungen dauerten von morgens 11 Uhr (ausschließlich der Mittagspause) bis abends 7 Uhr.

Einmütig wurde schließlich folgende Entschliessung angenommen: „Die heute in der Kölner Bürgergesellschaft tagende Delegiertenversammlung von über 2500 Arbeitgebern der Dachdecker-, Bauklemmer- und Zimmerer-Körperschaften und weit über 11 000 Arbeitnehmern in diesem Berufe im Bereiche der Rheinisch-Westfälischen Baugewerkschaft erkennen die bisherigen Unfallverhütungsvorschriften, sowie die auf Anforderung des Kaiserlichen Reichsversicherungsamtes bereits im vorläufigen Entwurfe festgelegten Unfallverhütungsvorschriften für Arbeiter an und auf Dächern als durchaus ungenügend und unwirksam an. Im Hinblick auf den bereits unter dem 15. November 1910 für statistische Zwecke gegebenen Ministererlaß wird seitens der Versammlung bei Arbeitern an und auf Dächern aller Neubauten ein mit dem Fortschritt des Baues errichtetes stabiles Arbeits- und Schutzgerüst verlangt, welches auf Kosten des Bauherrn in gesondelter Kostenschlagsposition, durch Fachleute hergestellt und während dieser Zeit unterhalten wird, so lange, bis alle Arbeiten am Dache fertiggestellt sind. Dasselbe wird auch für Durchführung des § 29 des vorläufigen Entwurfs der Unfallverhütungsvorschriften der Rheinisch-Westfälischen Berufsorganisation verlangt. Bei großen Reparaturen an und auf Dächern ist die Ausführung von stabilen Leitergerüsten in wirksamer Art vorzuschreiben, welche wiederum in gesondelter Anschlagposition dem Hauseigentümer erkenntlich zu machen ist. Die für die Unfallverhütungsvorschriften in Betracht kommenden Behörden tragen in Zukunft die Verantwortung für etwa vorkommende Unglücksfälle bei Benutzung der jetzt bestehenden, sowie für die Zukunft geplante unwirksame Schutzgerüstvorschrift der Berufsorganisation, gleichfalls aber auch die Verantwortung für eventuell zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern bestehende Differenzen, wenn, wie durch die Erklärung der beruflichen Vertreter der Arbeitnehmer bereits feststeht, diese in Zukunft Arbeiten an und auf Dächern ohne wirksames und sicheres Arbeits- und Schutzgerüst nicht mehr ausführen.“

**Aus ausländischen Gewerkschaften.**

**Einen Kampf um die Existenzberechtigung und Selbständigkeit ihrer Organisation** führen nun schon seit Wochen die christlich organisierten Maler in Zürich (Schweiz). Seitens der sozialdemokratischen Gewerkschaft wird der Kampf gegen unsere Schweizer Brüder mit einer Hebe und Verlogenheit geführt, die ihresgleichen sucht. Da auch die deutschen roten Gewerkschaftsorgane bereits in das gleiche Horn tuten, so sehen wir uns veranlaßt, einen Ueberblick über die Vorgeschichte und Entwicklung des augenblicklichen Malerstreiks in Zürich zu geben.

Im Züricher Malergewerbe bestand seit sechs Jahren ein Monopolvertrag, d. h. organisierte Meister durften nur Mitglieder der sozialdemokratischen Gewerkschaft beschäftigen, währenddem andererseits die sozialdemokratischen Gehilfen nur bei Mitgliedern des Meistervereins Arbeit nehmen durften. Selbstredend gab es auch eine große Anzahl nichtorganisierten Meister. Nur durch diesen Umstand war es möglich, eine christliche Gewerkschaft zu gründen und zu erhalten, deren Mitglieder, ca. 200 an der Zahl, nur bei nichtorganisierten Meistern arbeiteten. Am letzten 31. März war nun der Monopolvertrag abgelassen. In dem neuen Vertragsentwurf, den die sozialdemokratische Gewerkschaft den Meistern vorlegte, ließ man den Organisationszwang für die Meister fallen, um das Vertragsverhältnis auch auf die Nichtverbandsmitglieder ausdehnen zu können, dagegen sollte ein obligatorischer Arbeitsnachweis eingeführt werden, der für die christlich organisierten Gehilfen vorkommend gewesen wäre, als der alte Monopolvertrag. Ferner enthielt der Vertragsentwurf die Forderung des 8 1/2-Stundentages, die dann in die Forderung des freien Sonnabendnachmittages umgewandelt wurde, nebst Erhöhung der Lohnsätze. Unter den Gehilfen war man allgemein der Ansicht, daß es wegen dieser Forderung zu Konflikt mit den Meistern kommen werde. Vielleicht ja, man auch einen solchen im sozialdemokratischen Lager nicht ungerne, weil man hoffte, ein Konflikt mit den Meistern würde der neuen sozialdemokratischen Malerlegenenschaft Aufträge en masse beschaffen. Die christliche Malergewerkschaft hat sich jedoch bemüht, eine Verständigung herbeizuführen. Alles jämde und verächtlich wies man sie ab. Ein zweites Schreiben ließ man einfach unbeantwortet. Der Streik wurde von den Genossenmalern hinter verschlossenen Türen beschlossen; auf der Einladung ließ es würdlich: „Ohne Kontrollkarte keinen Zutritt.“ So war den christlichen Malern jede Möglichkeit genommen, in der Bewegung ein Wort mitzureden zu können. Einfach auf das Kommando der Genossen hin sollten sie die Arbeit niederlegen, ohne über den Sachverhalt auch nur irgendwas aufzuklären zu sein. Also hier genau dieselbe Taktik, wie sie die „Genossen“ beim Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet betrieben. Die christliche Malergewerkschaft lehnte wegen der schlechten Aussicht auf Erfolg den Streik ab. Es geschah, nachdem man ihre Bemühungen zu einer Verständigung mit der sozialdemokratischen Organisation vollkommen vernachlässigt hatte.

Die Mitglieder der sozialdemokratischen Gewerkschaft traten dann schon vor Ablauf des alten Vertrages, am 18. März, in den Streik. Die christlichen Maler beteiligten sich dem Nichtverbandsmeistern ruhig weiter. Streikenden ist damit nicht irgendwie Konkurrenz gemessen worden, da der Streik sich nur um einen Konflikt zwischen den sozialdemokratischen Malern und den organisierten Meistern drehte, diese aber ohnehin keine christlichen Gewerkschaftler einstellen durften. Der Meisterklub hat dann die christliche Gewerkschaft zu unterstützen.

lungen eingeladen, diese jedoch deshalb, weil die christliche Organisation die Verantwortung, einen Vertrag allein ohne die sozialdemokratische mit dem Meisterverein abzuschließen, nicht übernehmen wollte. Das ist der einfache, wahrheitsgemäße Hergang der Dinge. Wenn dann die rote Presse über den „Streikbruch“ des Schweizer christlichen Malerverbandes nur so aufheult, so ist das genau so zu bewerten, als wie die deutsche rote Presse aus Anlaß des großen Bergarbeiterstreiks die christlichen Bergarbeiter als Streikbrecher beschimpfte. Das Geschrei läßt uns längst kalt. Man sieht aber auch hier wieder, wie sich die Sozialdemokraten aller Länder gleich sind in dem Terrorismus andersdenkenden Arbeitern gegenüber. Und deshalb gebührt dem jungen Schweizer christlichen Malerverband in seinem schweren Kampfe um seine Gleichberechtigung und Selbständigkeit unsere vollste Sympathie.

### Aus Arbeitgeberverbänden.

**Ein Bund norddeutscher Arbeitgeberverbände für das Dachdeckerhandwerk** befindet sich, nach der Soz.-Prag., in der Gründung. Nachdem was bis jetzt über die Richtlinien der neuen Bundes laut geworden ist, scheint es, daß ein echter Scharfmachergeist den neuen Bund beherrschen soll. Der Bund erstrebt: Einführung der Streiklausel, Streben nach Festlegung des Ablaufstermins aller Tarife auf den 1. April 1913, d. i. der Ablaufstermin der Verträge im Baugewerbe, Einführung obligatorischer Entlassungscheine, ohne die kein Arbeiter eingestellt werden darf, die Forderung schriftlicher Erklärung der Lieferanten von Dachdeckungsmaterialien, bei Arbeitskämpfen an Nichtmitgliedern des Bundes nichts zu liefern, im Frieden an diese auch nur mit 20 Prozent Aufschlag Material abzugeben. Das bedeutet die Ansage scharfer Kämpfe, und zwar mit Mitteln, die, wenn sie von uns Arbeitern angewendet würden, in der Unternehmerpresse vom Bodensee bis zur Ostsee einen gewaltigen Schrei der Entrüstung über den „Terrorismus“ der Gewerkschaften auslösen würden. Doch wir sind ja dieses Meßens mit zweierlei Maß seitens der Unternehmer längst gewöhnt. Das ist aber eine neue Wahnung an unsere Kollegen, alles zu tun, um die Machtmittel der Organisation zu verstärken, damit solche Pläne durchkreuzt werden können.

### Volkswirtschaftliches und Soziales.

**Die Oberversicherungsämter** werden in Preußen am 1. Juli 1912 bei sämtlichen 36 preussischen Regierungen ins Leben treten. Bei etwa 20, bei welchen der erwartende Umfang der Geschäfte erheblich sein wird, werden mit der Leitung des neuen Amtes Oberverwaltungsräte betraut werden, während bei den anderen Regierungen mit der Leitung betraut werden sollen. Man will versuchen, bei den neuen Oberversicherungsämtern mit derselben Zahl von Beamten auszukommen, wie sie bisher bei den Schiedsgerichten vorhanden gewesen sind, nämlich rund 270, von denen vier Fünftel etatmäßig und ein Fünftel als Diätäre zur Anstellung gelangen.

**Die Invalidenhauspflege der deutschen Landesversicherungsanstalten.** Das Reichsversicherungsamt hat kürzlich über die von den Versicherungsanstalten durchgeführte Invalidenhauspflege den Bericht für das Jahr 1911 erstattet. Die Invalidenhauspflege basiert auf dem 25 des bisherigen Invalidenversicherungsgesetzes. Dieser besagt, daß dem Empfänger einer Invalidenrente auf einen Antrag, statt der Rente, Aufnahme in ein Invalidenhaus oder in ähnliche von Dritten unterhaltene Anstalten auf Kosten der Landesversicherungsanstalt gewährt werden kann. In der Praxis ist diese Bestimmung von den einzelnen Versicherungsanstalten sehr verschieden angewendet worden. Es sind nur ganz wenige Anstalten, die von dieser Befugnis in umfangreichem Maße Gebrauch gemacht haben. Die meisten Versicherungsanstalten haben nur ganz schälerne Versuche gemacht, andere haben sich ganz zurückgehalten. Nachstehende Ziffern mögen über das Gesamtergebnis der Betätigung im letzten Jahre Aufschluß geben. Es sind im Jahre 1911 insgesamt 3927 Personen in Invalidenheimen und sonstigen Anstalten untergebracht gewesen. Im Vorjahre betrug diese Zahl 3410. Sie wurden in 13 eigenen Invalidenheimen der Versicherungsträger, in 4 von ihnen zu Zwecken der Invalidenhauspflege gemieteten Häusern und in 404 fremden Anstalten (Invaliden- und Siedchenheimen, Krankenhäusern und Hospitälern usw.) verpflegt. Von den 3927 verpflegten Personen waren 1110 (806 Männer und 304 Frauen) lungentuberkulös. Diese Zahl deutet gegen das Vorjahr eine Steigerung von 151. Die Zunahme entfällt in der Hauptsache auf die Versicherungsanstalten Schlesiens mit 62, Rheinprovinz mit 5 und Großherzogtum Hessen mit 29. Die Landesversicherungsanstalt Westpreußen hatte durch die Auskünst- und Fürsorgestelle Danzig Versuche machen lassen, tuberkulöse Rentenempfänger in Familien verpflegen zu lassen. Folge sind damit bislang nicht erreicht worden. Auch haben die Gefahren einer weiteren Verbreitung der Tuberkulose durch ein solches Verfahren gewiß nicht gering zu achten sein. Die Versicherungsanstalt Hannover will auf Grund der Erfahrungen, die sie durch langjährige und gewissenhafte Beobachtungen gesammelt hat, noch die Anstaltspflege durchführen. In bezug auf die noch mit vorgeschrittenerer Lungentransport-Verfahren steht die Versicherungsanstalt Rheinprovinz nun, seit 1908 ist die Zahl von 209 auf 450 gestiegen. Die Kosten, die durch Bau und Einrichtung eigenen Invalidenheime verursacht wurden, betragen zum Schluß des Jahres 1911 1 065 161 M. Die Kapitalkosten stellten sich nach Abzug der Erstattungen an Rente und sonstige Zuschüsse auf 986 628 M gegen

765 630 M im Vorjahre. Das sind im Durchschnitt für einen Verpflegungstag 92 Pf. gegen 89 Pf. in 1910. An Darlehen zur Förderung der Invalidenhauspflege sind 12 Versicherungsträger mit zusammen 7 240 000 M beteiligt. Gegen das Vorjahr ist das ein Mehr von 729 000 Mark. Also auch hier ein erfreulicher Fortschritt in der Entwicklung. Wenn auch die mit den Invalidenheimen gemachten Erfahrungen hier und da nicht die besten waren, so wünschen wir doch, daß auf dem beschrittenen Wege weiter gegangen wird. Die Invalidenheime sind notwendig zur Unterbringung derjenigen Rentenempfänger, die Angehörige und einen eigenen Wohnsitz nicht mehr haben; einen noch dankenswerteren Zweck aber erfüllen sie durch die Unterbringung der mit vorgeschritteneren Lungentransport-Verfahren behafteten, indem sie nicht nur den Kranken ihre Lage zu erleichtern suchen, sondern auch die Angehörigen vor den Gefahren der Ansteckung bewahren.

### Gerichtliches.

**Vergehen gegen das Rinderschutzgesetz.** (Nachdr. verb.) Vom Landgericht Chemnitz war der Schieferbeder Heinrich Müller wegen Vergehens gegen das Rinderschutzgesetz zu einer Geldstrafe von 30 M verurteilt worden. M. hatte beim Neubau seines Hauses, an dem er die Dacharbeiten selbst ausführte, geduldet, daß ein noch schulpflichtiger Neffe von ihm sich auf dem Bau beschäftigte. Eine Reihe von Tagen war das hingegangen, ohne daß es von einem Hüter des Gesetzes beobachtet oder sonstwie zur Anzeige gebracht worden wäre. Als sich aber der Knabe wieder einmal bei den Schieferarbeiten beschäftigte, wurde dies einem Schutzmännchen gesagt. Der Angeklagte stand eben am Fuße einer Leiter, nach deren oberem Ende dem Knaben Schiefer hinaufgereicht wurden. Als M. des Schutzmännchens ansichtig wurde, rief er dem Jungen zu: „Mach, daß du von der Leiter herunter kommst! Was tust du da?“ Den Schutzmännchen aber herrschte er an, er habe gar nichts bei der Baustelle zu suchen. Zu seiner Verteidigung machte M. geltend, er habe seinem Neffen mehrfach ausdrücklich verboten, irgendwie auf dem Baue mit zu arbeiten, doch habe dieser eine so große Neigung zum Schieferbederberufe, daß er seinem Verbote zuwider gehandelt habe. Gegen seine Verurteilung legte M. beim Reichsgericht Revision ein. Diese wurde jedoch vom Senate in Uebereinstimmung mit dem Antrage des Reichsanwaltes kostenpflichtig verworfen.

### Soziale Wahlen.

**Das endgültige Resultat der Sicherheitsmännerwahlen im Ruhrgebiet** liegt nunmehr vor. Danach hat der sozialdemokratische Verband 295 Mandate verloren, und zwar an den Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter 212 Mandate, an die Gelben 52 und an die Polen 31. Recht bezeichnend ist es, daß auf den Schachtanlagen, wo die Gelben eigene Kandidaten aufstellten, die sozialdemokratische Stimmenzahl gewaltig zurückging. Damit ist der Beweis erbracht, daß sich die früheren Siege des Verbandes auf die Hilfe der Gelben stützen.

Sehr interessant ist es nun, wie die Genossen die Deffentlichkeit, besonders außerhalb des Ruhrgebiets, irrezuführen suchen, um ihre schwere Niederlage zu beschönigen. Sie behaupten nämlich, der alte Verband habe sich an den Sicherheitsmännerwahlen nicht beteiligt! (So zu lesen in der „Frankfurter Tagespost“, Nürnberg, vom 3. Mai 1912.) Tatsache ist demgegenüber, daß der sozialdemokratische Verband bei dieser Wahl sehr eifrig gewesen ist. In seiner Presse sowohl, wie in Flugblättern hat er die lebhafteste Propaganda für die Wahl gemacht. Auch die Agitation der Verbändler auf den einzelnen Schachtanlagen war eine sehr intensive. Daher ist es eine Spekulation auf die Dummheit der Masse, wenn es in der genannten Notiz der sozialdemokratischen „Frankfurter Tagespost“ heißt, die bisher vom freien Verband innegehabten Sitze seien den Christlichen überlassen (!) worden, weil diese von den Gelben kaum zu unterscheiden seien und sich deshalb zur Durchführung dieses „Sicherheitsmännerwahlens“ eigneten. Es geht in diesem Falle dem sozialdemokratischen Verbands gerade so wie dem Fuchs, dem die Trauben zu sauer waren. An der Tatsache ist eben nicht zu rütteln, daß der frivole Ruhrbergarbeiterstreik der Bergarbeiterchaft gründlich die Augen geöffnet hat.

### Aus dem Baugewerbe.

**Berlin.** Ein schwerer Bauunfall ereignete sich am 8. Mai auf einem Neubau am Tempelhofer Feld. Zwei Maurer stürzten aus bis jetzt noch unbekannter Ursache vom Dachstuhl herunter und trugen tödliche Verletzungen davon. Die Polizei sperrte nach dem Unfall den Bau ab. Einer der Verunglückten soll bereits nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus gestorben sein.

**Hannover.** Am 1. Mai verunglückte der Maurer Fr. Engelhardt. Er zog sich eine starke Schnittwunde an der Hand zu, welche den Verlust eines Fingers zur Folge hatte. Der Kollege dürfte längere Zeit arbeitsunfähig sein.

**Selmstedt.** (Wsturz vom Gerüst.) Auf dem Kalkwerke Wefensleben stürzten neun Maurer von einem acht Meter hohen Gerüst in die Tiefe. Die Maurer Karl und Otto Friede von hier erlitten schwere Verletzungen. Auch die übrigen wurden zum Teil schwer verletzt.

**Dicht.** Am Montag, den 29. April, ereignete sich am Pfarrhaus in Königswalde ein bedauerlicher Unglücksfall. Unser Kollege August Pehold war mit Ein-

stücken beschäftigt und wollte gerade zwei Stangen aneinander binden, als das Tau riß und dadurch unser Kollege rückwärts 6 Meter tief in den Keller stürzte. Der Arzt, der gleich zur Stelle war, konstatierte zwei Rippenbrüche. Kaum zwei Stunden später war er seinen Verletzungen erlegen. Er hinterläßt eine Witwe mit sechs Kindern. Kollege Pehold stand im 45. Lebensjahr und war ein treues und eifriges Mitglied unseres Verbandes.

**Schwerer Unglücksfall im Mannheimer Hafen.** Um die Reparatur der Brücke im Rheinauhafen vorzunehmen zu können, hatte man auf derselben ein doppelhängiges Gerüst besetzt. Auf dem einen Gängegerüst befand sich eine eiserne Beschmiedele, die von den Arbeitern auf ein anderes Gerüst geschafft werden sollte. Infolge der schweren Last brach der Balken, auf dem das Gerüst hing, und die vier auf dem Gerüst arbeitenden Leute stürzten aus einer Höhe von 15 Metern in die Tiefe. Einer war sofort tot, zwei starben auf dem Transport nach dem Krankenhaus, und der vierte ist tödlich verletzt.

**Oberhausen, Submissionsblüte.** In Oberhausen sind die Arbeiten sowie die Materiallieferung zum Postneubau ausgeführt. Die Offerten sind im Laufe der letzten Tage geöffnet und zeigen die schönsten Submissionsblüten. Beim Angebot der Erd-, Mauer- und Asphaltarbeiten einschließlich der Lieferung von Kalk, Sand und Kies ist das niedrigste Angebot 30 161,50 M, das höchste 103 532,98 M, ein Unterschied von „nur“ 73 421,48 M. Die übrigen Angebote bewegen sich zwischen 60 610,44 M bis 92 840,37 M. Bei der Lieferung der Hintermauersteine ist das niedrigste Angebot 34 230 M, das höchste 46 455 M. Auch hier ein Unterschied von 12 216 M. Bei der Lieferung von Zement ist das niedrigste Angebot 889 M, das höchste 12 351,40 M, Differenz 4162 M. Bei Lieferung von Werksteinen ist das niedrigste Angebot 19 045,43 M, das höchste 31 577,71 M, Differenz 12 532,28 M.

**Ueber die Bautätigkeit in Westdeutschland** berichtet die Berliner „Tonindustriezeitung“ folgendes: In Ravensberg, wo es während des Februars noch ziemlich still war, wurde es im März auf den Bauplätzen allmählich lebhafter; auch in Herford gab es reichliche Arbeit. In Hamm war das Baugewerbe gleichfalls zufriedenstellend beschäftigt, während die Bautätigkeit in Bielefeld langsam, aber nach und nach in befriedigendem Umfange einsetzte. In Dortmund, wo schon im Vormonat ein reges Leben herrschte, wurde die Nachfrage nach Baustoffen noch besser. Lüdenscheid hatte verschiedene öffentliche Bauten aufzuweisen, so daß man auch hier auf lohnende Beschäftigung rechnen kann. In Münster, Gelsenkirchen und Heddlinghausen wurden verschiedene Neubauten in Angriff genommen und, soweit es anging, rüstig gefördert. Dasselbe wird auch aus Borghorst berichtet. In Bonn wird umfangreiches neues Gelände der Bebauung erschlossen; auch die Erweiterung des Netzes der Straßenbahn verschafft dem Baugewerbe viel Tätigkeit. Mehr oder weniger machte sich der Streik der Bergarbeiter auf dem Baumarkt in Essen, Düsseldorf, Duisburg, Barmen und Elberfeld bemerkbar; doch hatte man auch hier im allgemeinen mehr erwartet. Verhältnismäßig ruhig ging es in Aachen her. In Köln war man zufrieden. Trier und Koblenz zeigten keine erheblichen Veränderungen; auch in Wülheim und in München-Glabbech war das Bild gegenüber den Vormonaten fast unverändert geblieben. Wenig Belegung der Bautätigkeit in den beiden Fürstentümern Lippe; ebenso still war es noch in Vintorf und Dillenburg, während Wallau, sowie die Gegenden von Marburg gute Arbeitsgelegenheit boten. In Cassel sind dagegen die Aussichten ziemlich trübe; nur auf dem platten Lande verspürt man hier und da einige Bauleben, doch ist diese nicht allzu groß. In Felsberg bei Cassel ruhte, von einigen kleineren Bauten abgesehen, das Baugewerbe noch.

### Verfammlungskalender.

**Praghdob, Kr. Neustadt D. Schl.** Am 2. Pfingsttag, nachmittags, Mitgliederversammlung. Näheres durch Einladungszettel.

### Bekanntmachungen.

**Achtung! Waldenburg i. Schlesiens.** Die nach dem Industriegebiet Waldenburg i. Schlef. zureisenden Kollegen haben sich beim Verwaltungsstellenvorstehenden Paul Scholz, Hermannstraße 15a, zu melden.

**Achtung!** Sollte irrtümlicherweise in irgendeiner Zahlstelle das Mitgliedsbuch des Kollegen Anton Gendler, geb. 5. 12. 1886 zu Unterbimbach, eingetreten 1. 6. 1905 zu Hochheide, vermischt worden sein, so bitten wir, dasselbe an den Kollegen Johann Wiczorek in Mengebe (Westf.), Amerstraße 8c, zu senden.

**Achtung!** Der Kollege Friedrich Gagemeter, geboren den 5. August 1883 zu Langenhagen, wird gebeten, zwecks Zusendung seines Mitgliedsbuches, seine Adresse zu senden an Johann Wiczorek in Mengebe, Amerstraße 8c.

### Sterbetafel.

Am 27. April starb infolge eines Magenleidens unser Kollege **Heinrich Schneider**.  
Zahlstelle: **Großbaum-Hütlingen**.  
Am 7. Mai starb unser treuer Kollege **Theodor Müller** im Alter von 29 Jahren an Tuberkulose.  
Zahlstelle: **Dortmund (Maurer)**.  
Ehre ihrem Andenken!

Geschäftliches.

Nervenzerschöpfungen sind das Besondere... Werte Resultat langer, überanstrengter, geistiger und körperlicher Arbeit.

Laboratorium Wiesbaden H. 13 auf Grund medizinisch-diatetischer Erfahrungen in den Handel gebrachte Dr. Franks Nerven-Nahrung ist durch seine durchaus sorgfältige Zusammensetzung leicht verdaulicher Nerven-Nahrung...

An der Spitze

Steckengford-Teerschwefel-Seife von Bergmann & Co., Raddeburg. Diese Seife befähigt unbedingt alle Hautverunreinigungen und Hautausschläge...

...als ob neues Blut meinen Körper durchströmt!

Vor zehn Tagen erhielt ich Ihre Dr. med. Franks Nerven-Nahrung und muß Ihnen zu meiner größten Freude und Ueberraschung mitteilen, daß die Kapseln von wunderbarer Wirkung waren.

Sie schnell wäre mancher von jahrelangen Qualen befreit, den großen Ausgaben verschont und schnell wieder im vollen Besitz seiner Kräfte, wenn er einen solchen guten Rat von Fremden schon längst erhalten hätte!

Dann heizen Sie nicht mit langsam anbrechenden und glimmenden Brickets, auch nicht mit den schwer brennenden Steinkohlen, sondern Sie legen nichts weiter als eine tüchtige Portion Holz auf, gutes, trockenes Holz...

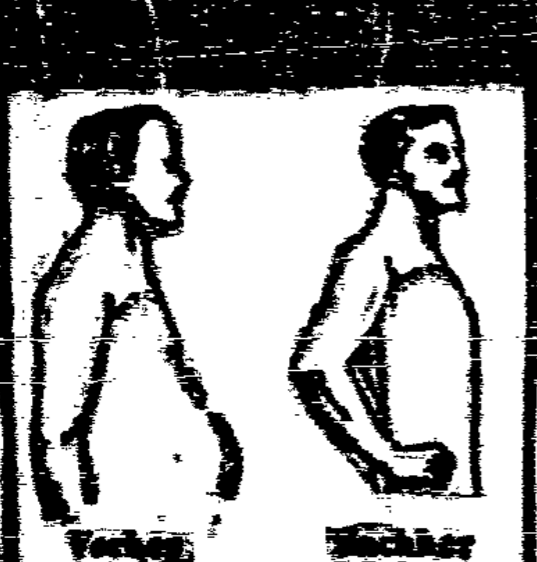
Dr. med. Franks Nerven-Nahrung zeitigt nun einen ähnlichen Erfolg auf durch Krankheiten geschwächten und heruntergekommenen menschlichen Körper, indem sie zwar keine direkte Wärme erzeugt, aber alle anderen Bedingungen zum Leben, zur Gesundheit und zum Wohlbefinden in hohem Maße fördert.

Aus diesen Hauptpunkten: der direkten, schnellen und reichlichen Zuführung der Erregstoffe, erklärt sich

also die so überraschend schnelle und kräftige gute Wirkung von Dr. med. Franks Nerven-Nahrung auf den Körper, wie sie so dankbar und begeistert geschildert wird.

Ganz besonders auffällig sind diese Erfolge jedoch bei allen Leiden, in denen die Nerven eine Rolle spielen z. B. bei nervöser Ueberreizung, leichter Erregbarkeit, Gemütsverfinsternung, Nervenschwäche (Neurosthenie), Beklemmungen, Kopf-, Rücken-, Kreuzschmerzen, Müdigkeit, Unruhe, Schläfrigkeit, Appetitmangel, Schlaflosigkeit usw., wiewohl bei hysterischer Entwertung des Blutes, z. B. bei Bleichsucht, Blutarmut, sogen. Selbstvergiftung des Blutes, Stoffwechselstörungen und bei allen Leiden, die auf der sogenannten harnsauren Diathese beruhen.

Alle, welche diese Symptome an sich bemerken, sollten sich den freundlichen Hinweis in dem obigen Briefe zunutze machen, an das Chemisch-pharmazeutische Laboratorium, G. m. b. H., in Wiesbaden H. 13 eine Postkarte schreiben und um Ueberlegung einer Probe von Dr. med. Franks Nerven-Nahrung bitten.



Fort mit dem Fett!

Abnahme des Fettes und Wiederherstellung schlanker Figur und gesunder Organe

Das Verbot der Schokolade und des kakaohaltigen Gebäckes ist ein sehr wichtiger Bestandteil der Diät...

REAKTOL.

Wenn Sie nicht mehr von dem ungesunden Fett... Reaktol ist ein kostbares Arzneimittel, kundenorientiert in der Pharmazie.

Wenn Sie nicht mehr von dem ungesunden Fett... Reaktol ist ein kostbares Arzneimittel, kundenorientiert in der Pharmazie.



DIALON

Seit Jahrzehnten bewährt, von hervorrag. Ärzten empfohlen als außerordentlich wirksames Pulver zur Heilung und Vorbeugung des Wundriesels kleiner Kinder...

Zigaretten, Zigaretten (Spezial-Marken):

Table with 2 columns: Cigarette brand/type and Price per pack. Includes brands like 'Zigaretten-Spezial-Marken' and 'Wohlbefinden-Extra'.

Jeder Versuch führt zu demselben Resultat: Wohlbefinden. Wer sich auf dieses Patent bezieht, erhält durchweg 10% extra.

ANOL

ANOL hat geblutet, wird helfen in allen Fällen, wo Sie von Rheuma, Hexenschmerz, Zahn- und Kopfschmerz, Rücken- und Nackenschmerzen geplagt sind.

Sandoz's Buch frei!

Dieses soeben erschienene Buch von Eugen Sandoz, dem weltberühmten Gebieter seines Körperpflege-Systems, ist kostenlos, durch folgende Bedingungen...

Bienen-Honig

Einmal mehr ist es ein Beweis für die Kraft des Bienen-Honigs, daß er die verschiedensten Krankheiten heilt.

Tinkturen

Beste Tinkturen aller Art in allen Farben, nach dem neuesten Verfahren, von dem berühmten Gelehrten und Apotheker Dr. Sandoz.

Täster Käse

Beste Täster Käse, hergestellt nach dem alten Rezept, in der Schweiz.

Vielfältiger

Thunfisch, vierfältig alles ein- und mehrfarbige Rundschreiben, Postkarten, Briefe, Notizen, Exportaktoren, Freilichtzeichnungen usw.

Emil Hohlfeldt

Dresden-N. 6, Hiltnerstraße 2 u. 4. Spezialfabrikation und Versand von

Berufsbekleidung

für Zimmerer, Maurer, Bauarbeiter usw. Preisliste u. Verlangen frei L. Hans.

Alkoholfreie Getränke

Pommes und Cider, alkoholfreier Apfelsaft aus höchsten Obst, aus der Apfelschale...

Wandbühnenmaschinen

Wandbühnen, Licht, Schall, Musik, etc. Patentmaschinen, hergestellt in Deutschland.

Elektrorezepte

effiziente und sichere Behandlung aller Krankheiten durch elektrische Strömungen.

Der Kauf einer Nähmaschine

ist Vertrauenssache! Für 48 Mark

Familien-Nähmaschine

(System Singer) zum Fußbetrieb, mit allen Neuerungen ausgestattet, inklusive hochfein poliertem Kasten und sämtl. Zubehör.

K. Hönninger

Königsplatz, P., Radewitzstr. 6. Best. täglich gratis mit Brief.

Speisewirtschaft

is freundliche Erinnerung, daß prokurierter Mittagessen von 12 bis 15 Uhr, Abendessen von 18 bis 21 Uhr, Kaffee und warme Speisen zu jeder Tageszeit.

Paul Friedrichs

Postfach 10, Augustenstraße 10, Berlin. Tel. 6. 1111. Banquetveranstalter.

Briefmarken

Beste Briefmarken, 100 Stk. April, August, 1000 verschiedene Marken, 1900.

Max Herber

Max Herber, Marienplatz, Hamburg. Große Illustr. Preisliste gratis u. franko.